

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

## Geschichte und Politik

Ernest J. Salter hatte an dieser Stelle am 25. 2. 1956 einen Beitrag veröffentlicht unter dem Titel: „Tendenzen der sowjetischen Außenpolitik“. Auf diesen Beitrag antwortete Professor Eugen Varga, der als der führende Wirtschaftsexperte des Weltkommunismus gilt, in der Zeitschrift „NEUE ZEIT“, Leipzig, Nr. 9. Wir bringen heute im vollen Wortlaut diese Antwort Vargas und die Erwiderung von Ernest J. Salter.

EUGEN VARGA

### Antwort an Herrn Ernest Salter

In einer Beilage des PARLAMENT, einer Zeitung, die den leitenden Kreisen der Deutschen Bundesrepublik nahesteht, setzt sich Herr Salter, ein „Sachverständiger für Ostfragen“, mit der Ideologie und der Politik des Kommunismus auseinander. Im besonderen nimmt er zu meinem in Heft 41 der „Neuen Zeit“ von 1954 veröffentlichten Artikel über die Notwendigkeit des friedlichen Zusammenlebens der zwei Systeme Stellung. Herr Salter geht ausführlich auf meinen Artikel ein, wobei er die Aufrichtigkeit der sowjetischen Koexistenzpolitik anzweifelt und sie als „Manöver“ hinstellt. Darüber hinaus will er nachweisen, daß das Koexistenzprinzip der kommunistischen Ideologie nicht entspricht.

Zusammengefaßt laufen die geschichtsphilosophischen Betrachtungen Herrn Salters auf folgendes hinaus:

Der Kapitalismus sei die beste aller möglichen Gesellschaftsordnungen. Sie würde ewig bestehen, wenn die „bösen“ Kommunisten durch ihre verruchte Politik und ihre hinterhältige Propaganda die kapitalistische Gesellschaftsordnung nicht untergraben, wenn sie nicht, im Widerspruch zu ihrer Propaganda des friedlichen Zusammenlebens, stets den Krieg zum gewaltsamen Sturz der bürgerlichen Ordnung planen und vorbereiten würden.

All dies ist nicht neu, ist primitiv und falsch. Befangen in den Vorurteilen seiner Klasse, kann Herr Salter den Zusammenhang zwischen der Politik und den objektiven Entwicklungsgesetzen der menschlichen Gesellschaft nicht verstehen. Trotz hundertjähriger Geschichtserfahrung kann oder will er nicht verstehen, daß eine Politik nur dann Erfolg haben kann, wenn ihre Ziele den Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung entsprechen. Jede Politik — mag sie von noch so starken wirtschaftlichen und militärischen Kräften gestützt sein — muß letzten Endes scheitern, wenn sie sich das Ziel setzt, die geschichtliche Entwicklung aufzuhalten. Herr Salter, der diese grundlegende Lehre der wissenschaftlichen Geschichtspilosophie verwirft, verwirrt seine Leser und führt sie zu einer grundfalschen Einschätzung der Möglichkeit von Propaganda und Politik.

Die Geschichte der letzten Jahre zeigt unwiderlegbar die Richtigkeit der marxistischen Geschichtsphilosophie.

Vor mehr als hundert Jahren, als der Kapitalismus noch in starkem Aufstieg begriffen war, hatte Marx die These von dem historisch vergänglichen Charakter der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und ihrem unvermeidlichen Untergang aufgestellt. Wer glaubte damals Marx? Einige Tausend fortschrittliche Arbeiter, ein Häuflein von Intellektuellen, sonst niemand. Heute hat sich ein Drittel der Menschheit für immer vom Kapitalismus befreit!

Vor fünfzig Jahren herrschte der Kapitalismus noch über die ganze Welt, das zaristische Rußland inbegriffen. Die Macht des Zarismus, der

Grundbesitzer und der Kapitalisten schien vielen nach der Niederlage der Revolution von 1905 unerschütterlich. Ein anderer „Sachverständiger für Ostfragen“, ein Vorgänger Salters, hatte einmal über die kleine Mitgliederzahl der bolschewistischen Partei gespottet. Diese zu jener Zeit zahlenmäßig wirklich geringe, verfolgte und unterdrückte Partei führte aber damals das Volk in den Kampf gegen den Zarismus mit seiner starken Armee und Polizei. Diese kommunistische Partei siegte, weil ihre Politik, ihre Propaganda und Agitation den objektiven Gesetzen der geschichtlichen Entwicklung und den Interessen von Millionen unterdrückten Arbeitern und Bauern entsprachen. Deshalb konnte die von Lenin gegründete Partei die Massen zum Kampf mobilisieren und die Macht der Grundbesitzer und Kapitalisten stürzen.

Vor zwanzig Jahren verfügten die chinesischen Kommunisten nur über ein kleines gebirgiges Territorium in China. Tschiang Kai-schek herrschte damals über hunderte Millionen Einwohner Chinas. Mao Tse-tung befaßte sich zu jener Zeit in der kleinen Provinzstadt Jenan mit der marxistisch-leninistischen Schulung seiner Anhänger. Heute ist Tschiang Kai-schek mit den kläglichen Resten seiner Armee, nunmehr Söldnern der USA, auf Taiwan untergekröchen, wo er sich dem Schutz der 7. USA-Flotte befohlen hat, die Kommunistische Partei aber steht an der Spitze der Volksmacht eines Landes mit 600 Millionen freien Einwohnern.

Wie konnte dies geschehen?

Es geschah, weil die Politik der chinesischen Kommunisten sich auf die Gesetze der geschichtlichen Entwicklung stützte. Die Forderungen der Kommunisten: Vertreibung der fremden Eroberer, Sturz ihrer käuflichen Agentur, Übereignung des Gutsbesitzerbodens an die Bauern, Annullierung der Schulden waren hunderten Millionen chinesischen Bauern nah und verständlich, entsprachen ihren Interessen. Die aus Bauern rekrutierten Riesenarmeen Tschiang Kai-scheks erwiesen sich als unzuverlässig. Die Flugzeuge und die Marine-Infanterie der USA konnten Tschiang Kai-scheks historisch zum Untergang verurteiltes Regime nicht retten.

Salter und andere bürgerliche „Sachverständige“ des Westens können es nicht verstehen, warum die amerikanische und die englische Propaganda Niederlagen einstecken muß, obwohl sie über zahlreiche Zentren, geschulte Kader, mannigfaltige Mittel (Presse, Radio, Kino) verfügt, die Tag und Nacht für die Überlegenheit der kapitalistischen „Freiheit“ über die kommunistische „Knechtschaft“ Reklame machen. Die Völker der ökonomisch unterentwickelten Gebiete neigen zur Sowjetunion und zur Volksrepublik China und wollen nicht für die kapitalistische „Freiheit“ kämpfen, ebensowenig wie die Völker jener Länder, deren reaktionäre Regierungen sich den von den USA organisierten Kriegsbündnissen angeschlossen haben.

Völker und Klassen lassen sich auf die Dauer durch keine Propaganda hinters Licht führen.

Die *werkstätigen Bauern* aller Länder wissen: in Rußland und China wurde der gutsherrliche Bodenbesitz konfisziert und den Bauern unentgeltlich übereignet. Diese eine Tatsache wiegt bei ihnen schwerer als die ganze Propaganda des Westens.

Die *Arbeiter* aller Länder wissen: in Rußland wurde die Macht der Kapitalisten gebrochen, wurden die Bergwerke, Fabriken, Banken Volkseigentum. Sie wissen, daß in der Sowjetunion die Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten längst aufgehört hat. Sie wissen schließlich, daß in der Sowjetunion nicht Kapitalisten, sondern Arbeiter und Söhne von Arbeitern die Wirtschaft und den Staat leiten.

Die *Völker Asiens* sehen, daß in Südkorea, auf Taiwan, in Südvietnam, überall, wohin der kapitalistische Westen seine „Freiheit“ gebracht hat, Elend, Inflation, Willkür und Korruption herrschen.

Hierfür sollten sie kämpfen?

Die *Völker Afrikas* wissen von dem Blutvergießen in Kenia und in Nordafrika. Warum sollten sie also der Sowjetunion oder der Volksrepublik China den kapitalistischen Westen vorziehen?

Die renommierte Propaganda des Westens findet bei den *werkstätigen Massen* keine Unterstützung, weil sie ihren lebenswichtigsten Interessen zuwiderläuft. Die Politik des Westens erleidet eine Niederlage nach der andern und ist zum Untergang verurteilt, nicht weil die Kommunisten ihre „teuflischen Manöver“ treiben, sondern weil diese Politik sich der objektiven historischen Entwicklung in den Weg stellt.

Was die Politik der Sowjetunion betrifft, so stützt sie sich auf die objektiven Gesetze der historischen Entwicklung der Gesellschaft; daher auch ihre Erfolge. Die Führer des Sowjetstaats sind und waren stets aufrichtig um die Erhaltung des Friedens bemüht; sie wissen, daß die Geschichte auf ihrer Seite steht. Gedanken an einen Präventivkrieg, wie ihn Admiral Radford oder Admiral Carney fordern, sind ihnen fremd. Sie verwerfen die Politik des Seiltanzes „am Rande des Krieges“. Die Marxisten waren stets gegen jeden „Export der Revolution“. Eine Revolution kann nur dann Erfolg haben, wenn alle Vorbedingungen innerhalb des betreffenden Landes herangereift sind, wenn das Volk den Entschluß faßt, die alte Ordnung abzuschaffen. Die Idee des friedlichen

Nebeneinanderbestehens läuft nicht nur der kommunistischen Ideologie nicht zuwider, sondern ergibt sich unmittelbar aus ihr.

Von der Theorie zur Praxis hinüberwechselnd, behauptet Herr Salter, die Sowjetregierung halte sich in der Deutschlandfrage nicht an den Grundsatz des friedlichen Nebeneinanderbestehens. Diese Behauptung entspricht der Wirklichkeit ebensowenig wie die Konzeptionen Herrn Salters den wissenschaftlichen Tatsachen.

Was die Politik der Sowjetunion in bezug auf die Deutsche Bundesrepublik anbelangt, so ist sie prinzipiell die gleiche wie allen anderen kapitalistischen Staaten gegenüber; sie basiert auf der Idee des friedlichen Nebeneinanderbestehens. Die Sowjetunion wünscht mit der Deutschen Bundesrepublik in Frieden zu leben, mit ihr einen beiderseitig vorteilhaften Handel zu treiben und die kulturellen Beziehungen zu entwickeln. Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zeugt von der Absicht der Sowjetunion, friedliche und möglichst freundschaftliche Beziehungen zur Deutschen Bundesrepublik zu unterhalten und zu entwickeln.

Die Sowjetmenschen müssen über den in Westdeutschland rasch vorschreitenden Militarisierungsprozeß beunruhigt sein. Die drohende Wiedergeburt des deutschen Militarismus, der in diesem Jahrhundert zwei Weltkriege entfesselt hat, ist natürlich ein Hindernis für die Wiedervereinigung Deutschlands. Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik, die sich vom Militarismus und seiner ökonomischen Stütze — der Monopol- und Junkerherrschaft — befreit hat, will ihre Errungenschaften der Nachkriegszeit nicht aufgeben. Wer das Recht jedes Volks auf freie Wahl der politischen Ordnung in seinem Lande anerkennt (was auch Herr Salter in seinem Artikel tut), muß den Willen der Volksmassen der Deutschen Demokratischen Republik und vieler Deutschen im Landeswesten berücksichtigen, die ein Wiederaufkommen der militaristischen Gefahr nicht wünschen. Ohne dies ist eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands, die Herrn Salter so viel Sorge macht, unmöglich.

Die These des friedlichen Nebeneinanderbestehens ist ein unumstößlicher Grundsatz der sowjetischen Politik gegenüber den Staaten mit anderen sozialen Systemen. Dieser Grundsatz wurzelt in der wissenschaftlichen Geschichtsauffassung und wird von der Sowjetdiplomatie in die Tat umgesetzt. Darin besteht seine Kraft. Und daran möchte ich auch Herrn Salter erinnern.

ERNEST J. SALTER

## Antwort an Herrn Eugen Varga

Das Haupt-Argument der Antwort von Eugen Varga „Geschichte und Politik“, ist zunächst geschichtsphilosophischer Art. Nach seiner Meinung laufen meine Behauptungen auf folgendes hinaus: „Der Kapitalismus sei die beste aller möglichen Welten. Sie würde ewig bestehen, wenn die „bösen“ Kommunisten durch ihre verruchte Politik und ihre hinterhältige Propaganda die kapitalistische Gesellschaftsordnung untergraben, wenn sie nicht, im Widerspruch zu ihrer Propaganda des friedlichen Zusammenlebens, stets den Krieg zum gewaltsamen Sturz der bürgerlichen Ordnung planen und vorbereiten würden.“ Hierzu ist folgendes zu sagen.

I. Angesichts der nach Jahrtausenden zählenden Geschichte der Menschheit könnte nur ein naiver Apologet behaupten, daß eine bestimmte Gesellschaftsordnung die „beste aller möglichen“ sei. Eine solche Behauptung ist nur im Bereiche einer abstrakten Idealphilosophie möglich, nicht aber für den Soziologen, der Ort, Zeit, Umstände, Produktions- und soziale Formen bestimmen und definieren muß, um Vergleichsmaßstäbe zu erhalten. Der Kapitalismus nimmt eine bestimmte Zeit in der Geschichte der modernen Menschheit ein und hat während dieser Zeit eine bis dahin nicht vorstellbare Leistung geschaffen: „Die

Bourgeoisie hat in ihrer kaum hundertjährigen Klassenherrschaft massenhaftere und kolossalere Produktionskräfte geschaffen, als alle vergangenen Generationen zusammen. Unterjochung der Naturkräfte, Maschinerie, Anwendung der Chemie auf Industrie und Ackerbau, Dampfschiffahrt, Eisenbahnen, elektrische Telegraphen, Urbarmachung ganzer Weltteile, Schiffbarmachung der Flüsse, ganze aus dem Boden hervorgestampfte Bevölkerungen — welches frühere Jahrhundert ahnte, das solche Produktionskräfte im Schoße der gesellschaftlicher Arbeit schlummerten.“ (Karl Marx — Friedrich Engels, Kommunistisches Manifest, Berlin, o. J., S. 20)

Gleichzeitig unterlag und unterliegt der Kapitalismus einer ständigen Transformation. In seinem Charakter sind neue Züge sichtbar geworden, von denen das vorige Jahrhundert noch keine Vorstellungen besaß. Die heutige kapitalistische Industriegesellschaft, etwa der USA, Großbritanniens, der Bundesrepublik oder der skandinavischen Länder hat mit dem Kapitalismus, wie ihn etwa Karl Marx im 24. Kapitel des I. Bandes seines „Kapital“ geschildert hat, kaum etwas zu tun. Der außerordentliche Gestaltwandel der Gesellschaft vom 18. bis zum 20. Jahrhundert ist so eklatant, daß der Begriff „Kapitalismus“, sche-

matisch auf die verschiedenen Stadien des geschichtlichen Entwicklungsprozesses angewandt, zu einer leeren Phrase wird.

Im Gegensatz zu dieser Auffassung behandelt Herr Varga in Übereinstimmung mit der kommunistischen Schule letzten Endes den Kapitalismus als eine Art Fetisch. Er mythologisiert ihn, löst ihn aus der geschichtlichen Transformation, der er unbedingt unterworfen ist, und läßt als einzige Alternative seinen Untergang übrig, obwohl die Tatsachen der verschiedenen Länder den hohen Grad von Wandlungsfähigkeit des Kapitalismus, seine Anpassung an neue soziale Erfordernisse und enorme neue technische, wissenschaftliche und wirtschaftliche Resultate bewiesen haben.

Der Leninismus ging aber während der ganzen Dauer seiner theoretischen und praktischen Existenz von dem Axiom aus, der Untergang des Kapitalismus sei unausweichlich. Der 19. und auch der 20. Parteitag der KPdSU vertraten diese Meinung — wengleich der letztere bereits gezwungen war, Revisionen vorzunehmen, die besagen, innerhalb der von den Kommunisten behaupteten Untergangphase seien partielle Aufschwünge möglich.

Herr Varga selbst gehört zu den Theoretikern des Kommunismus, die gerade ihre Spezialität darin erblicken, immer wieder von den Möglichkeiten und Tatsachen einer „relativen Stabilisierung des Kapitalismus“ zu schreiben. Gerade er hat seine Genossen wiederholt gewarnt, sich keinen Illusionen über einen schnellen Zusammenbruch des Kapitalismus hinzugeben. Seine theoretische Intelligenz hat ihn häufig davor bewahrt, die Tatsachen der ökonomischen Ergebnisse der Industrie im Westen zu übersehen. Dieser Vorgang läßt sich an vielen Beispielen dokumentarisch nachweisen. Dafür einige Hinweise.

II. Eugen Varga hat in seinem 1946 veröffentlichten Buch „Veränderungen in der kapitalistischen Wirtschaft im Gefolge des 2. Weltkrieges“ die entscheidende Rolle des Staates in der Wirtschaft betont. Er hat damals die Tatsache unterstrichen, während des Krieges sei in den meisten Ländern der Staat zu planwirtschaftlichen Methoden übergegangen, seine Rolle werde in Zukunft bedeutender sein als vor dem Kriege. Varga behauptete damals auch, die Volksdemokratien Osteuropas hätten mit Sozialismus wenig zu tun, vielmehr sei ihre Wirtschaftsform „staatskapitalistisch“. Ihr spezifisches Gewicht in der kapitalistischen Weltwirtschaft sei verhältnismäßig gering. Sie würden die allgemeinen Entwicklungsperspektiven des Kapitalismus nicht ändern. Ihr Außenhandel mit Lebensmitteln werde zurückgehen, da ihre landwirtschaftliche Produktion durch die Bodenreform gesunken sei.

Dieses Buch wurde im Mai 1947 in mehreren Sitzungen der Sektion für politische Ökonomie am Moskauer Wirtschaftsinstitut und der ökonomische Fakultät der Moskauer Universität in seinen Hauptthesen scharf kritisiert; seine ökonomische Betrachtung über die Möglichkeit einer Veränderung der kapitalistischen Strukturen war mit der weltrevolutionären Konzeption der Shdanow-Gruppe des Politbüros der KPdSU nicht zu vereinbaren. Herr Varga fiel damals in Ungnade, er zog sich in die wissenschaftliche Etappe zurück.

Seine Kritiker behaupteten, die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft müsse ebenso unvermeidlich wie bald hereinbrechen. Die Volksdemokratien würden eine große Rolle spielen, die revolutionären Kräfte in allen Ländern würden mit der Logik und Gewalt eines Naturgesetzes wachsen. Entsprechend dieser theoretischen Konzeption ist die sowjetische Politik während der Periode des Kalten Krieges verlaufen. Ursprung und Formen des Kalten Krieges stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Streit der Theoretiker.

Nun offenbarte sich in dem Streit der Moskauer Fakultäten, der innerhalb der Parteiführung den politischen Streit um die Taktik theoretisch widerspiegelte, der nie gelöste Widerspruch zwischen Wunsch und Wirklichkeit, zwischen Willen und Tatsachen, dem Subjekt der Aktion und dem Objekt der Materie. Dieser Widerspruch hat eine lange Geschichte und zeigt in voller Klarheit den utopischen Bestandteil, der im Marxismus des 19. ebenso wie im Leninismus des 20. Jahrhundert enthalten ist.

Herr Varga, der mir den Vorwurf macht, ich sei in den Vorurteilen meiner Klasse befangen, sieht sich vor die Frage gestellt, in welchen Vorurteilen er selbst etwa befangen war, als er im Jahre 1922 die apodiktische Behauptung aufstellte, „daß Deutschland dem wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbruch entgegengeht“. In seinem damals erschienenen Buch (Dr. Eugen Pawlowski — d. i. Eugen

Varga — Der Bankrott Deutschlands, Hamburg 1921) behauptete der Verfasser: „Auf alle Fälle geht Deutschland in der Geschichte noch nie erlebten schweren Zeiten entgegen. Es ist Aufgabe der kommunistischen Partei durch eine siegreiche deutsche proletarische Revolution Deutschland aus dieser Situation zu erlösen. . . Die proletarische Revolution ist für Deutschland der einzige Ausweg.“

Was die taktische Position von Varga angeht, (also keineswegs eine propagandistische) so hat dieser in seinem Aufsatz „Die Niederlage des bürgerlichen Deutschlands im Ruhrkampf“ (Die Kommunistische Internationale, Petrograd 1923, Nr. 26, Seite 96/106) erklärt: „Es gab prinzipiell zwei verschiedene Kampflinien: eine proletarisch-revolutionäre und eine bürgerliche. Auf die revolutionäre wurde von der KPD hingearbeitet.“

Diese damalige Auffassung von Varga wurde noch schärfer von Bucharin formuliert, dem später von Stalin ermordeten Theoretiker der Komintern, der auf dem Vierten Kongreß der Komintern erklärte: „Es gibt hier keinen prinzipiellen Unterschied zwischen einer Anleihe und einem militärischen Bündnis, und ich behaupte, daß wir, (das heißt: der Sowjetstaat) ein militärisches Bündnis mit einer anderen Bourgeoisie schließen können, um mittels dieses bürgerlichen Staates ein anderes Bürgertum niederzuschmettern. . . Bei dieser Form der Landesverteidigung, des militärischen Bündnisses mit bürgerlichen Staaten ist es die Pflicht der Genossen eines solchen Landes, diesem Block zum Siege zu verhelfen.“ (Protokoll des Vierten Kongresses der Komintern, Hamburg 1923, Seite 24).

Herr Varga stand und steht bis zum heutigen Tage im Schatten eines Dogmas, das, entgegen den Tatsachen des ökonomischen Prozesses der letzten Jahrzehnte, dem Kapitalismus nur die Alternative des Unterganges läßt. Nun ist diese Alternative nicht neu, vielmehr bildet sie gerade die utopische Seite des Marxismus. Es sei in diesem Zusammenhang gestattet, Marx zu zitieren.

III. Im März 1850, als die Revolutionen in Europa zusammengebrochen waren, erklärte Marx: „Die Revolution steht im Gegenteil nahe bevor, sei es, daß sie hervorgerufen wird durch eine selbständige Erhebung des französischen Proletariats oder durch die Invasion der heiligen Allianz gegen das revolutionäre Babel.“

1874 schrieb Marx in der „New York Tribune“, daß die Revolution „jetzt durch die Krisis und die Hungersnot wieder auf den Kampfplatz gerufen wird“. Der drohende europäische Krieg werde das Signal geben, und die Revolution werde „wie Minerva aus dem Haupte des Olympiers“ in „glänzender Rüstung, das Schwert in der Hand“ hervortreten. „Von Manchester bis Rom, von Paris bis Warschau und Budapest ist sie allgegenwärtig, erhebt ihr Haupt und erwacht vom Schlummer!“ In Wirklichkeit geschah nichts, obwohl Marx bereits vorher, 1852, „die Zeit vom November 1852 bis Februar 1953“ als die Wahrscheinlichste für den Ausbruch der Krise bezeichnet hatte, und diese Krise „nach allen Regeln in diesem Jahre kommen muß.“

Im Sommer 1853 zweifelte er: „ . . . die Krisis scheint allerdings kommen zu wollen“, „diese entscheidenden schlechten Nachrichten aus überfüllten Märkten müssen doch bald kommen“ — aber die nach Marx drohenden Gewitter waren vorübergezogen.

Im Jahre 1856: „Diesmal wird der Krach so unerhört wie noch nie; alle Elemente sind da; Intensität, universelle Ausbreitung und Hineinverwicklung aller Besitzenden und herrschenden sozialen Elemente“. Er wollte bereits „sein Bündel schnüren“. Die ganze Sache in Deutschland werde abhängen „von der Möglichkeit, der proletarischen Revolution durch eine Art zweite Auflage des Bauernkrieges Deckung zu geben“. Wieder gab es weder eine proletarische Revolution noch einen zweiten Bauernkrieg.

Im Jahre 1857 schreibt Engels: „Die Krisis wird mir körperlich ebenso wohl tun wie ein Seebad. 1848 klagten wir: jetzt kommt unsere Zeit, und sie kam in einem gewissen Sinne, diesmal aber kommt sie vollständig, jetzt geht es um den Kopf.“ Sie kam weder vollständig, noch ging es um den Kopf.

1858 schrieb Marx schon von der „optimistischen Wendung des Welt Handels in diesem Moment!“ Aber er beruhigte sich, denn es sei „wenigstens tröstlich, daß in Rußland die Revolution angefangen hat“. Er konnte aber nicht den Zweifel unterdrücken, daß, wenn auch auf dem

Kontinent die Revolution immanent sei und sofort einen „sozialistischen Charakter“ annehmen würde, die Bewegung der bürgerlichen Gesellschaft doch auf viel größerem Terrain noch im Vorrücken sei.

Im Februar 1882 schrieb Engels an Eduard Bernstein: „Wir haben in Deutschland eine Situation, die mit steigender Geschwindigkeit der Revolution zutreibt. Was uns fehlt, ist einzig ein rechtzeitiger Anstoß von außen. Diesen bietet die Lage Rußlands, wo der Beginn der Revolution nur noch eine Frage von Monaten ist. Kurz, es ist eine so prachtvolle revolutionäre Situation, wie noch nie.“ Alle Zitate aus: *Der Briefwechsel zwischen Friedrich Engels und Karl Marx 1844–1883*, Stuttgart 1919; und: *Briefe von Friedrich Engels an Eduard Bernstein*, Berlin 1925. Diese Beispiele könnten beliebig vermehrt werden.

In diesem Widerspruch zwischen dem revolutionären Willen zweier großer Männer des vorigen Jahrhunderts und den objektiven Tatsachen, an denen ihre Pläne scheiterten, liegt zweifellos ein Beitrag zu dem Thema „Geschichte und Politik“ vor. Der revolutionäre Wille sollte durch die Tatsache bestätigt und begründet werden, aber die Tatsachen standen laufend in Widerspruch zum revolutionären Willen.

In der Stalinschen Epoche haben die Theoretiker Moskaus die wirtschaftlichen Tatsachen der westlichen Welt wie Ignoranten behandelt. Sie waren Diener der Macht, sie wagten nicht, Stalin zu widersprechen, weil sie um ihren Kopf fürchten mußten, wenn sie eine andere ökonomische Auffassung vertraten als ihr Tyrann. Es wäre interessant, etwa von Herrn Varga zu erfahren, welche soziologische, bzw. marxistische Begründung er für die Schrecken der Stalinschen Epoche und die Deformierung der ökonomischen Theorie in der UdSSR geben kann.

IV. Über den Gegensatz zwischen Politik und Propaganda ist prinzipiell zu sagen: Der Hauptvorwurf der kommunistischen Theorie gegen jedes idealistische System besteht darin, daß dieser den Widerspruch zwischen Idealität und Realität nicht aufzuheben vermag. Die Kommunisten dagegen nehmen für sich in Anspruch, von ihnen sei dieser uralte Gegensatz zwischen Theorie und Praxis aufgehoben und ihre Wissenschaft, d. h. die Theorie, drücke nur die in Gedanken gefaßte tatsächliche gesellschaftliche Bewegung aus. Die theoretischen Sätze der Kommunisten sind ihrer Auffassung nach nur die abstrakten Formulierungen realer gesellschaftlicher Vorgänge. Da die Philosophen die Welt nur verschieden interpretiert hätten, es aber nach Marx darauf ankomme, sie zu verändern, könnte die kommunistische Theorie von dem unvermeidlichen Ende der kapitalistischen Gesellschaft nicht existieren, wenn sie nicht die Grundlage des Handelns der Kommunisten selbst wäre. Auch dieses Handeln selbst ist Teil der Theorie.

Aus einer solchen Theorie folgt logisch und unvermeidlich, daß die Kommunisten ihre eigene Aktion unmittelbar aus dieser Theorie ableiten und jede Politik, Propaganda und Agitation von dieser theoretischen Auffassung her bestimmt wird. Die Propaganda des friedlichen Zusammenlebens, von der Herr Varga spricht, kann also unmöglich von der prinzipiellen Auffassung der Kommunisten über die Unvermeidlichkeit des kapitalistischen Zusammenbruchs getrennt werden, wenn man nicht aufhören will, Kommunist zu sein.

Dies ist der wirkliche Zusammenhang zwischen Politik, Propaganda und dem, was Herr Varga die objektiven Entwicklungsgesetze der menschlichen Gesellschaft nennt. Die Verleugnung dieses prinzipiellen Gesichtspunktes oder auch nur der Versuch dazu, den Herr Varga offensichtlich macht, zeigt ihn als einen Opportunisten, der sich aus taktischen Gründen weigert, das weltrevolutionäre Prinzip und vor allem dessen praktische Gestaltung in der konkreten Tagespolitik anzuerkennen. Dieser Versuch kann nicht gelingen, insbesondere nicht in der Deutschlandpolitik der Sowjetunion.

V. Herr Varga schreibt: „Wer das Recht jedes Volkes auf freie Wahl der politischen Ordnung in seinem Lande anerkennt (was auch Herr Salter in seinem Artikel tut) muß den Willen der Volksmassen der Deutschen Demokratischen Republik und vieler Deutscher im Landeswesten berücksichtigen, die ein Wiederaufleben der militärischen Gefahr nicht wünschen.“ Dies ist in der Tat ein entscheidender Punkt.

Der wesentlichste Vorwurf, den die gesamte deutsche Demokratie sowohl der Sowjet-Union im allgemeinen, als der „Regierung“ von Pankow im besonderen macht, besteht darin, daß sie eben keine freie Selbstbestimmung des Volkes zuläßt. Wie immer man die Demokratie definieren will, wie immer man auch die Wege formuliert, die zu ihr

führen, — die Entscheidung über die politische Verfassung muß in die Hand des einzelnen Bürgers gelegt werden. Seine Entscheidung muß frei, geheim und direkt in einem staatlichen und gesellschaftlichen Rahmen fallen, der ihm die Möglichkeit der Wahl zumindestens zwischen zwei Prinzipien, zwei Parteien, zwei Formen der politischen Struktur garantiert. In der DDR existiert keine freie Tribüne, auf der zwei Parteien eine prinzipielle Auseinandersetzung über Form und Inhalt des Staates führen können. Diese Tatsache wird auch von Herrn Varga nicht bestritten. Die Herrschaft einer Monopolpartei, der SED, schließt die Demokratie, wie immer sie definiert werden mag, aus. Die Ausübung der politischen, geistigen und kulturellen, d. h. auch im besonderen der ideologischen Zensur, verhindert sowohl jede Selbstbestimmung des Volkes, als auch die Entwicklung des politischen Gedankens, die sich nur in freier Diskussion und Aktion gestalten kann.

Der Marxismus hat — wie Herr Varga sehr gut weiß — einen jahrzehntelangen Kampf für das freie Wahlrecht und die Abschaffung jeder Zensur geführt. Dies war ein Kampf für die Demokratie. Die Sowjetregierung verleugnet diese Tatsache heute sowohl theoretisch wie auch in ihrer gesamten inneren und äußeren Politik. Die Führung der Sowjetunion gibt vor, zum Leninismus zurückzukehren. Aber der Leninismus hat in bezug auf diese Frage einen Standpunkt entwickelt, der von der heutigen Theorie und Praxis der Sowjetregierung durch einen Abgrund getrennt ist.

In dem Dekret über den Frieden, daß der II. Sowjetkongreß am 8. November 1917 beschloß, schlug die Sowjetmacht „allen Völkern und den Regierungen der kriegführenden Nationen vor, sofort mit dem Abschluß eines demokratischen Friedens ohne Kontribution und Annexionen zu beginnen, d. h. eines Friedens ohne Raub fremder Territorien (vgl. Ostpreußen 1945!) und ohne gewaltsame Herausholung materieller oder finanzieller Entschädigung aus den besiegten Staaten“. (Geschichte der Diplomatie, Moskau 1947, Verlag für fremdsprachliche Literatur, S. 362.) Wieweit sind doch diese Grundsätze entfernt von der Praxis der Sowjetregierung in dem Deutschland nach 1945!

In seiner Rede über den Frieden am 26. Oktober 1917 definiert Lenin sehr präzise den Begriff der Annexion: „Unter Annexion oder Aneignung fremden Territoriums versteht die Regierung, im Einklang mit dem Rechtsbewußtsein der Demokratie im allgemeinen (!) und der werktätigen Klassen im besonderen, jede Angliederung einer kleinen oder schwachen Völkerschaft an einen großen oder mächtigen Staat, ohne daß diese Völkerschaften ihr Einverständnis und ihren Wunsch genau, klar und freiwillig zum Ausdruck gebracht haben, unabhängig davon, wann diese gewaltsame Angliederung erfolgt ist, sowie unabhängig davon, wie entwickelt oder rückständig eine solche mit Gewalt innerhalb der Grenzen eines gegebenen Staates festgehaltene Nation ist, und schließlich unabhängig davon, ob diese Nation in Europa oder in fernen überseeischen Ländern lebt.“ Hiermit vergleiche man die Praxis der Sowjetregierung in bezug auf die ostdeutschen, jetzt unter polnischer Verwaltung stehenden Gebiete, die Annexion Ostpreußens und die Politik in den Volksdemokratien, um zu begreifen, wieweit die heutige Sowjetregierung eine Revision ihrer Außenpolitik durchführen müßte, um zum Leninismus zurückzukehren.

Lenin geht noch weiter; man findet in der gleichen Rede eine Begründung für ein Phänomen wie den Volksaufstand des 17. Juni: „Wenn irgendeine Nation mit Gewalt in den Grenzen eines gegebenen Staates festgehalten wird, wenn dieser Nation entgegen ihrem zum Ausdruck gebrachten Wunsche — gleichviel, ob dieser Wunsch in der Presse oder in Volksversammlungen, in Beschlüssen der Parteien oder in Empörungen und Aufständen gegen die nationale Unterdrückung geäußert wurde — (das war der 17. Juni!) — das Recht vorenthalten wird, nach vollständiger Zurückziehung der Truppen der die Angliederung vornehmenden oder überhaupt der stärkeren Nation, in freier Abstimmung über die Formen ihrer staatlichen Existenz, ohne den mindesten Zwang, selbst zu entscheiden, so ist eine solche Angliederung eine Annexion, d. h. eine Eroberung und Vergewaltigung.“

Diese Sätze sind klar und unmißverständlich. Da Lenin von einem „Rechtsbewußtsein der Demokratie im allgemeinen“ spricht, das heißt zweifellos auch die von den Kommunisten angeklagte kapitalistische Demokratie meint und weiter allgemeine, für jeden Politiker, ob

kommunistisch oder kapitalistisch, verbindliche Formen der Demokratie anerkennt, müßte Herr Varga, wenn er behauptet, Leninist zu sein, aus diesen von Lenin entwickelten Prinzipien zu derselben Schlußfolgerung kommen, die wir, vom Standpunkt des „Rechtsbewußtseins der Demokratie im allgemeinen“, für uns in Anspruch nehmen.

Sowohl die Leninschen Prinzipien als auch der Standpunkt der Demokratie im allgemeinen zielen im Hinblick auf das deutsche Problem auf eine einzige zentrale Lösung, mit der sich alle anderen Fragen dann unendlich leichter beantworten lassen: eben die Selbstbestimmung der Deutschen in der Sowjetzone über ihre eigene politische und gesellschaftliche Verfassung.

In diesem Punkt liegt die Möglichkeit eines schöpferischen Kompromisses zwischen den Forderungen der deutschen Bundesregierung, der deutschen Opposition, aller Deutschen überhaupt und den Leninschen Prinzipien, falls sie von der Sowjet-Regierung ernst genommen werden. In einem solchen Kompromiß wäre die Möglichkeit eines friedlichen Nebeneinanderbestehens zwischen Staaten mit verschiedenen sozialen Systemen enthalten. Steht man aber auf dem „wissenschaftlichen Standpunkt“, daß die Gesellschaft des Westens zum Untergang verurteilt ist,

dann muß jeder Kommunist, auch Varga, alles tun, um diesen Untergang durch seine praktische Politik möglichst schnell herbeizuführen. In diesem Fall ist die Selbstverteidigung der westlichen Welt durch eine Zusammenfassung ihrer wirtschaftlichen und militärischen Kräfte unvermeidlich. Sie ist die Re-Aktion des Westens auf die Aktion des Kommunismus. Keine Gesellschaftsordnung, kein Staat läßt sich von einer politischen Gruppe, wie sie das Zentralkomitee der KPdSU in Moskau darstellt, theoretisch zum Tode verurteilen und wartet dann ab, bis dieses Todesurteil vollstreckt wird. Herr Varga darf uns nicht für so naiv halten! Die historischen Erfahrungen mit den totalitären Systemen der letzten Jahrzehnte haben die öffentliche Meinung in Europa und den USA wachsam gemacht.

Nachdem die Verbrechen der Stalinschen Epoche von der offiziellen Tribüne in Moskau proklamiert worden sind und ein neuer Verbalismus verwendet wird, wäre es für die Sowjet-Regierung an der Zeit, zu konkreten Veränderungen überzugehen. Das Kriterium einer „wissenschaftlichen“ Politik, wie sie Herr Varga vertritt, liegt allein in der Praxis. Ändert sich die sowjetische Praxis in Deutschland, so tritt die europäische Politik in eine neue und friedliche Phase.

\*\*\*

## Der 17. Juni im Zentralkomitee der SED

### Vorgeschichte, Ablauf und Folgen

#### Einleitung

Zum dritten Mal jährt sich der Tag, an dem die Bauarbeiter der Stalinallee mit ihrem Streik das Signal zum Aufstand des 17. Juni gaben. Über den Verlauf dieser historischen Ereignisse ist ausführlich berichtet worden. Größe und Tragik der Erhebung sind in erschütternden Dokumentationen niedergelegt<sup>1)</sup>. Die spontane, sich in einem totalitären System vollziehende Erhebung des Volkes hat jedoch — wie jede Erhebung — gesellschaftliche Ursachen, die letztlich auf die Politik der kommunistischen Führung zurückgehen. Der 17. Juni ist das Ergebnis einer Reihe von administrativen, wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen der SED-Führung; nur im Zusammenhang mit ihnen ist er zu verstehen. Über die Ereignisse, die sich im Politbüro der SED vor, während und nach dem 17. Juni abspielten, sind nur Einzelveröffentlichungen erschienen. Eine zusammenfassende Darstellung aus der Perspektive des Politbüros erscheint zur Zeit deshalb angebracht, weil jetzt — in der Periode der Entstalinisierung innerhalb des Ostblocks — die SED-Führung diesen Prozeß in der Zone mit dem Argument verzögert, sie habe keine Fehler gemacht und brauche aus diesem Grunde keine einschneidenden personellen Veränderungen wie etwa in Polen durchzuführen.

Die Unzufriedenheit der Sowjetzonenbevölkerung hatte schon seit 1945 geschwelt, ohne acht Jahre hindurch zu einer offenen Rebellion zu führen. Ab 1952 jedoch wuchs sie schnell und unaufhörlich durch eine Entwicklung, die mit dem 4. Parlament der FDJ und dem 2. Parteikongreß der SED ihren Anfang nahm und unter dem Schlagwort „Aufbau des Sozialismus in der DDR“ noch mehr als früher dazu beitrug, den Sozialismus zu diskreditieren und die Ausbeutung der Arbeiterschaft durch ein kommunistisches System zu verschärfen. Die Darstellung der Ursachen des 17. Juni muß mit dieser Periode beginnen.

#### Der „Aufbau des Sozialismus in der DDR“

Vom 29. bis 31. Mai 1952 fand in Leipzig das 4. Parlament der FDJ statt. 3 500 Delegierte aus der Sowjetzone und 500 „Gäste“ aus der Bundesrepublik waren in der weiten Kongreßhalle auf dem Leipziger Messegelände zu dieser Veranstaltung erschienen. Nur wenige Eingeweihte wußten, welches Manöver die SED-Führung mit der Durch-

führung dieses Schaukongresses inszeniert hatte. Das Politbüro der SED und seine Auftraggeber benutzten den Kongreß, um schon jetzt, mehr als einen Monat vor der 2. Parteikonferenz der SED, eine Entwicklung einzuleiten, die bereits ein Jahr später zu der großen Volks-erhebung des 17. Juni führen sollte.

Auf dem 4. Parlament wurde zunächst die völlige Gleichschaltung der FDJ als Nebenorganisation der SED vollzogen, ihre Statuten wurden entsprechend geändert und ergänzt. Unter dem Aspekt auf die 2. Parteikonferenz wurde in der Verfassung der FDJ niedergelegt: „... die Freie Deutsche Jugend steht fest im Lager ... des Sozialismus, an deren Spitze die große Sowjetunion steht<sup>2)</sup>.“ Die führende Rolle der SED wird verankert: „Die Freie Deutsche Jugend anerkennt die führende Rolle der Arbeiterklasse und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auf allen Gebieten des demokratischen Aufbaus ...“<sup>3)</sup>. Höhepunkt des Parlaments war die Rede des 1. Sekretärs des ZK der SED, Ulbricht, der die Jugendlichen aufforderte, „das Waffenhandwerk zu erlernen ... gute Scharfschützen zu werden ... die Adenauer-Regierung stürzen zu helfen ... und stets der Partei der Arbeiterklasse treue Gefolgschaft zu leisten“<sup>3)</sup>. Diese Leitsätze finden in der Verfassung der FDJ ihren Ausdruck: „Der Dienst in der deutschen Volkspolizei ist für die Mitglieder der Freien Deutschen Jugend Ehrendienst. Jedes Mitglied der FDJ ist verpflichtet, aktiven Anteil an der Patenschaft des Verbandes über die deutsche Volkspolizei zu nehmen!“

Die völlige Eingliederung der FDJ in die marxistische Schulung wird beschlossen: „Sie (die FDJ) eignet sich besonders die Lehre von den Entwicklungsgesetzen in Natur und Gesellschaft, die Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin an.“

Auch zur Bekämpfung der „Jungen Gemeinde“ und zur Reinigung der FDJ von oppositionellen Elementen, die ein halbes Jahr später begann, wurde auf dem 4. Parlament der Grundstein gelegt: „Die FDJ entfernt aus ihren Reihen feindliche Elemente.“ Verfassung der FDJ Abschnitt II, Artikel 20.

Erstmalig wird in einem politischen Dokument der Sowjetzone offen der SSD erwähnt: „Jedes Mitglied der Freien Deutschen Jugend hat die Pflicht ... die staatlichen Sicherheitsorgane zu unterstützen sowie staatliche Geheimnisse zu wahren.“ (Artikel 23 der Verfassung der FDJ).

1) „Der Monat“ Nr. 60/61; Stefan Brant „Der Aufstand“, Steingrüben-Verlag,

2) Verfassung der FDJ, Dokumente der FDJ, Band IV, S. 110.

3) Junge Welt vom 28. 5. 1952.

Indem die FDJ die sogenannte Patenschaft über die deutsche Volkspolizei übernahm, verpflichtete sich, unzählige junge Menschen „freiwillig“ für die damals noch getarnte Kaderarmee zu werben und die Wehrrüchtigung unter der Jugend populär zu machen.

So waren durch die Beschlüsse des 4. Parlamentes bereits Grundstein und psychologische Vorbereitung für die Beschlüsse der 2. Parteikonferenz der SED gelegt, die im Mai 1952 stattfinden sollte. Die Vergrößerung der Kaderarmee, die Wehrrüchtigung durch die „Gesellschaft für Sport und Technik“ und die Arbeitsdienstorganisation „Dienst für Deutschland“, die gewaltige Machtposition des Staatssicherheitsdienstes, beginnende Säuberungen und Verfolgungen in der Zone, die ideologische und organisatorische Gleichschaltung aller Organisationen, das alles waren die wesentlichen Beschlüsse der 2. Parteikonferenz, die sich hinter der tarnenden Fassade „Aufbau des Sozialismus“ verbargen.

Warum wurde gerade die FDJ dazu auserwählt, die Beschlüsse der 2. Parteikonferenz vorzubereiten? Anfang März 1952 hatte der Vorsitzende der FDJ und Kandidat des Politbüros der SED, Erich Honecker, dem Politbüro die Entwürfe für die Entschlüsse des 4. Parlaments zur Genehmigung vorgelegt. Auf dieser Sitzung wurden schon im Hinblick auf die bereits vorbereitete Planung der 2. Parteikonferenz die Ausarbeitungen der FDJ zum großen Teil abgelehnt. Ulbricht begründete die Ablehnung damit, auf der 2. Parteikonferenz werde eine neue Entwicklung eingeleitet. Sie solle auf einen breiten, schon vorbereiteten Boden fallen. Auf ihrem Kongreß solle die FDJ vor der Parteikonferenz die wesentlichen Grundlagen für die Beschlüsse legen, jedoch so, daß in den Formulierungen den Entscheidungen der 2. Parteikonferenz nicht sichtbar vorgegriffen werde, um die sogenannte führende Rolle der SED nicht zu gefährden.

Es wurden neue Entschlüsse formuliert und bereits nach dieser Politbüro-Sitzung vielseitige interne Vorbereitungen und Besprechungen begonnen. Schon vor dem 4. Parlament begann der Apparat der FDJ mit der Auswahl von Funktionären für die Hauptverwaltung „Dienst für Deutschland“, den Zentralvorstand der „Organisation für Sport und Technik“ und die vormilitärische Ausbildung der Jugend. Ingeheim wurden Umgruppierungen im Deutschen Sportausschuß vorgenommen und der organisatorische Grundstein für das spätere staatliche Komitee für Körperkultur und Sport gelegt. Das Ernst-Thälmann-Werk in Suhl erhielt einen Auftrag zur Herstellung von 100 000 Luft- und Kleinkalibergewehren für die Schießzirkel der FDJ, den größten Betrieben der Zone wurden die ersten 200 Motorräder zum Aufbau von Krad-Staffeln zugeteilt. Aus der Sowjetunion trafen Zeichnungen von Fallschirmspringer-Türmen ein, die zur vormilitärischen Ausbildung in verschiedenen Betrieben der Zone errichtet werden sollten. So war es möglich, daß bereits während des Aufmarsches anläßlich des 4. Parlaments die ersten motorisierten und mit Luftgewehren ausgerüsteten Einheiten der FDJ demonstrierten, Vorläufer der endgültigen, breiten Militarisierung der Sowjetzone.

Nach dem 4. Parlament steigerte sich bis zur 2. Parteikonferenz die militärische Aktivität der FDJ erheblich. Das an sich schon spärliche Jugendleben wurde weiter eingeschränkt, der Funktionärapparat war vollauf mit den organisatorischen Aufgaben zur Erfüllung der vormilitärischen Planziele beschäftigt. Deshalb traten die eigentlichen Interessen der Jugend noch mehr als bisher in den Hintergrund. Der gewaltige bürokratische Apparat der FDJ verwandelte sich mehr und mehr in einen großen Registrierbetrieb für Sollzahlen geworbener Volkspolizisten, verteilter Luftgewehre, formierter Arbeitsdiensteinheiten usw. Trotzdem wurden die Vorbereitungen noch halb intern behandelt, sie sollten bis zum Beginn der 2. Parteikonferenz abgeschlossen sein. Niemand fragte sich, ob die Delegierten dieser Konferenz die Vorschläge des Politbüros annehmen würden. Es wurden einfach Tatsachen geschaffen ohne Rücksicht auf innerparteiliche Demokratie.

Wie zu erwarten, wurden alle Beschlüsse einstimmig angenommen, Ulbricht erhielt die Legitimation zu uneingeschränktem Handeln unter der Losung des sozialistischen Aufbaues.

#### Die Auswirkungen der 2. Parteikonferenz

Die 2. Parteikonferenz im Juli 1952 gab das Signal zur weiteren „Sozialisierung“ der Zone. Große Teile der noch bestehenden Privatwirtschaft wurden liquidiert, freie Teile des Handwerkes durch hand-

werkliche Produktionsgenossenschaften ausgeschaltet, der gesamte Großhandel in staatliche Hände überführt, in unvorstellbarem Tempo landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften geschaffen, die Schwerindustrie rücksichtslos auf Kosten der Konsumgüterindustrie ausgebaut und eine immer erbarmungslosere Antreibung zur Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Erhöhung der Normen eingeführt.

Ulbricht erklärte auf dieser Konferenz: „Die Friedenspolitik der Deutschen Demokratischen Republik muß ergänzt werden durch die Schaffung nationaler Streitkräfte.“ Damit war die Schaffung der Volkarmee aus dem Stadium der internen Vorbereitung heraus an die Öffentlichkeit getreten. In der Entschlußung der 2. Parteikonferenz heißt es „Der Sturz des Bonner Vasallenregimes ist die Voraussetzung für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands.“ In Verbindung mit den offenen militärischen Vorbereitungen lag in dieser Feststellung die eindeutige Drohung auch unter Einsatz militärischer Machtmittel den Sturz der Demokratie in Westdeutschland zu erwingen.

„Die Kirche kann nicht weiter ihre Stellungnahme unter der Maske der Neutralität verdecken. Die Vertreter der Kirche in der DDR können keinerlei Anweisungen von jenen Kräften annehmen, die die Geschäfte der amerikanischen Okkupanten besorgen.“ Diese anmaßenden Worte Ulbrichts bildeten die Grundlage der Verfolgungen christlicher Gruppen, insbesondere der „Jungen Gemeinde“.

Die Ankündigung Ulbrichts „Es ist die Aufgabe der Staatsmacht, den Kampf zu führen gegen die Ideologie der Bourgeoisie, gegen jene Ideologien, Organisationen und Gruppen, die zu den Überresten des Kapitalismus gehören“, waren das Signal für den SSD, rücksichtslos jede Opposition, auch in der SED selbst, zu zerschlagen. Sie deutete seine Absicht an, gleich Stalin, eine Welle großer Säuberungen im Funktionär-Apparat der SED und ihrer Hilfsorgane einzuleiten.

Am 23. Juli 1952 beschloß die Volkskammer der Sowjetzone das sogenannte Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaues und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern der DDR. Mit ihm wurden die bisherigen fünf Landtage aufgelöst und vierzehn Bezirke mit insgesamt 217 Kreisen geschaffen. Durch diese scharfe Zentralisierung der Verwaltung verdreifachte sich der bürokratische Apparat, der Druck der aufgeblähten Staatsbürokratie auf die Massen wurde größer und größer. Die Verstaatlichung, auch der kulturellen Einrichtungen, überstürzte sich. Die gesamte Filmwirtschaft wurde durch das neugeschaffene „Staatliche Komitee für Filmwesen“ übernommen. Der Ministerrat erließ Verordnungen für die Bildung der Gesellschaft für Sport und Technik, des Staatlichen Rundfunkkomitees, des Staatlichen Komitees für Körperkultur und Sport usw. Die bürgerlichen Parteien wurden ideologisch gleichgeschaltet, die Vorstände der Ost-CDU, Ost-LDP, NDP, DBD mußten die Beschlüsse der 2. Parteikonferenz begrüßen und ihre Ziele den Beschlüssen dieser Konferenz anpassen. FDGB, FDJ und die übrigen Massenorganisationen beschlossen ihre speziellen Aufgaben „bei der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in der DDR“. Neben den Sozialisierungsmaßnahmen auf kaltem bürokratischem Wege fand vor dem Obersten Gericht der DDR ein Prozeß nach dem anderen statt. Viele Funktionäre empfanden die Urteile als stille Drohung der SED-Führung gegen die innerparteiliche Opposition.

Langsam wurde die Lage in der Zone auf allen Gebieten selbst in den politischen Organisationen und ihren Führungsgruppen unhaltbar. Das gegenseitige Mißtrauen wuchs mit den zunehmenden Verhaftungen, der sich überschlagenden Kritik und Selbstkritik, mit der Festnahme immer neuer, vermeintlicher Spione, Saboteure und Agenten. Dazu kam die übersteigerte ideologische Schulung im Rahmen des Parteilehrjahres, die jedes selbständige Nachdenken verhinderte und Instruktionsstunden gleich. Direktiven, Anweisungen und neue Rundschreiben überstürzten sich.

Die Kampagne zur Werbung von fast 100 000 Volkspolizisten, etwa 10 000 Mitarbeitern des SSD und 20 000 Jugendlichen für die ersten beiden Brigaden der Organisation „Dienst für Deutschland“, lief auf Hochtouren. Der eigentliche Träger dieser Werbemaßnahmen war die FDJ. Die Empörung in den Betrieben durch die Erpressungsmethoden der Werbekommissionen wuchs ständig. Das festgelegte Soll konnte häufig nicht erfüllt werden. Viele Kommissionen griffen zu Täuschungsmanövern und versuchten durch Angabe falscher höherer Zahlen der

Bestrafung zu entgehen. Die ablehnende Haltung der Werktätigen blieb natürlich der SED-Führung nicht verborgen, aber jede oppositionelle Regung wurde als ein Ausdruck klassenfeindlicher Bestrebungen bezeichnet. Der Ausbau des SSD begann auf breiter Basis.

#### Der Ausbau des SSD

Nach der 2. Parteikonferenz gewann der SSD in der Zone unaufhörlich an Einfluß. Erstmals wurden auf dem 4. Parlament Hochrufe auf das Ministerium für Staatssicherheit ausgebracht und die FDJ verpflichtet, für den SSD einzutreten. Bei den Polizeirevierern wurden FDJ-ler als Hilfspolizisten eingestellt. Während der SSD bis zur 2. Parteikonferenz nur in geringem Maße neue Kräfte einstellte, wurden nach dieser Konferenz aus dem Funktionärkörper der FDJ 500 Mitarbeiter für den SSD abgezogen. Später wurden diese Zahlen auf 4000 bis 5000 erhöht und zur Tarnung in die offiziellen Werbezeffern für die Volkspolizei aufgenommen. Die Neueinstellungen führten bereits Anfang 1953 zur zahlenmäßigen Verstärkung aller SSD-Dienststellen.

Die jungen SSD-Angehörigen wurden auf die Institutionen der Wirtschaft, des Staatsapparates und der Partei verteilt, in die Dienststellen dieser Organe eingebaut und erhielten die Anweisung, „allen feindlichen Regungen“ nachzugehen. Menschlich unfertig und mit der jeweiligen fachlichen Problematik kaum vertraut, waren sie willige und kritiklose Werkzeuge ihrer Auftraggeber. Mehr und mehr nahm die Zone den Charakter eines Polizeistaates an. Nicht nur die Mehrheit der Bevölkerung, auch die Funktionäre der politischen Organisationen wurden immer stärker von gegenseitigem Mißtrauen und Furcht vor Verfolgung befallen. Häufig wandten sie zur Verwirklichung von Direktiven brutale Methoden an, um ihre eigene Position zu retten. Das teuflische System von Kritik und Selbstkritik, das jeden gegen jeden ausspielte, die Pflicht, abweichende Äußerungen anzuzeigen, die Furcht, hinter oppositionellen Bemerkungen Provokationen des SSD zu wissen, preßten viele Funktionäre zu einem widerwilligen Gehorsam, der am 17. Juni nahezu vollkommen aussetzen sollte.

#### Der Kampf gegen die christliche Jugend

Zur gleichen Zeit begannen als Teil der beginnenden „Großen Säuberung“ Maßnahmen gegen die christliche Jugend. Die Ulbricht-Führung beabsichtigte mit der Liquidierung der „Jungen Gemeinde“ das schwächste Kettenglied der oppositionellen Gruppen in der Zone zu treffen; außerdem stand die „Junge Gemeinde“ den weltanschaulichen Zielen der SED im Wege, die eine ideologische Gleichschaltung besonders der Jugend anstrebte.

Auch diese Aufgabe wurde der FDJ übertragen. Nach Rücksprache mit Ulbricht wurde Ende 1952 im Sekretariat des Zentralrates der FDJ ein umfangreicher Aktionsplan zur Bekämpfung der „Jungen Gemeinde“ beschlossen. Dieser Aktionsplan basierte auf einem russischen Original, das Honecker von dem Leiter der Sowjetischen Kontrollkommission, Semjonow, und seinem Stellvertreter Orlow, erhalten hatte. Seitens der sowjetischen Kontrollkommission war die FDJ kritisiert worden, sie entfalte die atheistische Propaganda und den Kampf gegen die „Junge Gemeinde“ nicht konsequent genug. Besonders an den Lehranstalten fehle die gründliche Auseinandersetzung mit dem Christentum. Honecker wurde aufgefordert, nach dem sowjetischen Entwurf einen Aktionsplan gegen die „Junge Gemeinde“ zu entwerfen und ihn mit Ulbricht abzustimmen. Gleichzeitig wurde von seiten der Sowjetischen Kontrollkommission jede technische und organisatorische Unterstützung zugesagt. Bald wurde atheistisches Propagandamaterial geliefert.

Der endgültige Plan, im Sekretariat des Zentralrates behandelt und als interne Anweisung den Leitungen der SED und der FDJ übermittelt, enthielt mehrere Abschnitte. Der erste Teil beschäftigte sich mit der sogenannten ideologischen Überzeugungsarbeit unter der „Jungen Gemeinde“. Hier waren unter anderem Broschüren über naturwissenschaftliche Probleme, Vortragsreisen von Wissenschaftlern, Diskussionswochen zwischen Christen und Atheisten und Versammlungskampagnen vorgesehen. Der zweite Abschnitt des Planes enthielt kulturelle Maßnahmen, die die Tätigkeit der „Jungen Gemeinde“ eindämmen sollten. Kulturelle Veranstaltungen, Jugend- und Sportfeste, Tanzfeste usw. sollten zeitlich und örtlich gleichzeitig überall dort durchgeführt werden, wo Veranstaltungen der „Jungen Gemeinde“ geplant waren. Der dritte Abschnitt des Planes sah organisatorische Maßnahmen zur Liquidierung

der „Jungen Gemeinde“ vor. Die Verweigerung von Tagungsräumen für Veranstaltungen der christlichen Jugend, die Entfernung aktiver Anhänger der „Jungen Gemeinde“ von Oberschulen und Universitäten durch die Kommissionen zum Umtausch der Mitgliedsbücher sollten dazu beitragen FDJ und Bildungsinstitute von Anhängern der „Jungen Gemeinde“ zu säubern. Um die Aktionen gegen die „Junge Gemeinde“ auslösen zu können und um vorzutäuschen, sie geschähen auf Wunsch der Bevölkerung, wurden Provokationen an Oberschulen und Universitäten durchgeführt. Jugendliche zur offenen Diskussion herausgefordert, dann aber ihre freimütigen Äußerungen als Kriegs- und Boykotttätigkeit bezeichnet. Die Grundorganisationen der FDJ mußten in Entschuldigungen das Verbot der „Jungen Gemeinde“ fordern. Die Verbindungsleute der FDJ in kirchlichen Stiftungen, z. B. in Halle, wurden veranlaßt, offen zu Mißständen in ihrem Heim Stellung zu nehmen. Dies wurde als Anlaß zur Schließung dieser kirchlichen Einrichtungen benutzt. Den Aktionen der FDJ zum Umtausch der Mitgliedsbücher, die mit persönlichen Aussprachen und ideologischen Prüfungen verbunden waren, fielen bis Anfang 1953 fast 30 000 Oberschüler und Studenten zum Opfer, die nicht nur aus der FDJ ausgeschlossen wurden, sondern auch gleichzeitig ihre Schulen verlassen mußten. Soweit sie nicht nach dem Westen flüchteten, wurden sie in den Produktionsprozeß eingegliedert. Dort trugen sie wesentlich zur Stärkung der oppositionellen Kräfte in den Betrieben bei.

Trotz großer Anstrengungen gelang es nicht, den Zusammenhalt der „Jungen Gemeinde“ zu sprengen. Ein letzter Versuch ist die Anweisung des Ministeriums des Inneren zum offiziellen Verbot der „Jungen Gemeinde“, die Anfang 1953 erlassen wurde. Auch die sowjetische Kontrollkommission war mit dem Erfolg der Aktion unzufrieden. Zur gleichen Zeit wurden die Sekretäre des Zentralrates der FDJ, an der Spitze Erich Honecker, zu Semjonow persönlich befohlen. Zur Debatte stand die Frage der „Jungen Gemeinde“. Honecker gab einen Bericht über Erfolge und Mißerfolge und konstatierte das Versagen einer Reihe von FDJ-Leitungen sowie von Lehrkörpern der Oberschulen. Er kritisierte den Leiter der Abteilung Staatliche Verwaltung im Zentralkomitee der SED, Plenikowski, und den Sektorenleiter für Kirchenfragen, Brandt, indem er ihnen mangelnde Unterstützung im Kampf gegen die „Junge Gemeinde“ vorwarf. Semjonow antwortete, die FDJ müsse in diesem Falle auf eigenen Füßen stehen. Die SED sei eine „alte Partei“, in der noch viele Sozialdemokraten mit eigenartigen Auffassungen vorhanden seien, die wenig von strategischen Problemen verstünden. Der Sozialismus könne nur siegen, wenn das Hinterland geschlossen und frei von Feinden sei. Die Hauptsache sei, die Jugend begreife das. Er riet, alle Probleme mit Walter Ulbricht zu besprechen, die sowjetische Kontrollkommission werde das Gleiche tun.

Der zweite Rat von Semjonow war methodischer Art. Er schlug vor, die Aktionen gegen die „Junge Gemeinde“ nicht mit preußischer Lautstärke und Fanfarengedröhn, sondern ruhig, aber dafür wirkungsvoller zu gestalten. Er empfahl, die FDJ solle sich aus allen administrativen Maßnahmen heraushalten und diese den Sicherheitsorganen und dem Staatsapparat überlassen. Die Aufgabe der FDJ bestehe vor allem in der ideologischen Arbeit, der Verbreitung atheistischen Gedankengutes und der Verstärkung kultureller Tätigkeit. Nur so seien die Anhänger der „Jungen Gemeinde“ zu gewinnen. Man solle darauf achten, daß nicht alle Jugendlichen in das Lager des Gegners abwanderten, denn damit sei der Sache „des Aufbaues des Sozialismus“ nicht gedient. Es war eine offene Kritik an der Tätigkeit der FDJ, die sich schon als Außenstelle des SSD betrachtet und meist administrative Maßnahmen ergriffen hatte.

Im Prinzip änderte sich jedoch nichts. Im Gegenteil, die Verfolgungen der Angehörigen der „Jungen Gemeinde“ nahmen zu. Der Diakon Herbert Buske aus Wismar erhielt 8 Jahre Zuchthaus, weil er sich auf den Standpunkt gestellt hatte, die „Junge Gemeinde“ sei eine Form kirchlicher Jugendarbeit, die verfassungsmäßig garantiert sei. An den Bildungsanstalten wuchs die Unzufriedenheit nicht nur unter Schülern und Lehrern, sondern auch unter deren Angehörigen.

#### Die Bürokratie feiert — die Massen darben

Das Jahr 1952 ging seinem Ende entgegen. Im Oktober gab es noch einmal einen politischen „Höhepunkt“: Der dritte Jahrestag der Gründung der „DDR“ wurde mit großem Aufwand gefeiert. Der damalige

Präsident des Obersten Sowjets und heutige Vorsitzende der Sowjet-Gewerkschaften, Schwernik, kam trotz des zur gleichen Zeit tagenden 19. Parteitag der KPdSU, nach Berlin. Große Demonstrationen und Kundgebungen auf dem Marx-Engels-Platz in Ostberlin und in der Zone wurden durchgeführt. Das Jahr 1952 war gegen Ende durch immer stärkere Konflikte und Disharmonien gekennzeichnet. Einerseits pom-pöse Veranstaltungen zum Jahrestag der DDR, der Russischen Oktoberrevolution, zu Stalins Geburtstag, andererseits Gesetze, Verordnungen und Dokumente, die zwar im Gedröhn der Propagandafanfaren unterzugehen schienen, bei den betroffenen Bevölkerungsschichten aber nicht ohne Wirkung blieben. Das Programm der Nationalen Wiedervereinigung Deutschlands, von der Westabteilung des Zentralkomitees ausgearbeitet, proklamierte Massenstreiks, den Generalstreik und den gewaltsamen Sturz der Regierung Adenauer. Die Weihnachtsgratifikationen wurden nach stürmischen Auseinandersetzungen im Politbüro, bei denen der Ulbrichtflügel die Überhand behielt, abgelehnt; die Empörung der Arbeiterschaft vergrößerte sich. Die Preise der Grundnahrungsmittel, wie Margarine und Marmelade, stiegen.

Am 1. Januar erklärte die SED-Führung das Jahr 1953 zum „Karl-Marx-Jahr“. Sie ahnte nicht, daß die Entwicklung in der Zone nach den wirklichen Gesetzen von Marx verlaufen und sich drastisch gegen seine Interpretationen richten sollte. Die Praxis des Jahres 1953 begann mit düsteren Vorzeichen: Zwangsmaßnahmen zur Erfüllung der zentralistisch gesteuerten Pläne, Beschlüsse zur rücksichtslosen Steigerung der Produktion, zur Erhöhung der Sparsamkeit, und zur Verstärkung des Spitzelapparates in den Betrieben. Dieser zunehmende Druck wurde mit passivem Widerstand der Bevölkerung beantwortet. Je mehr diese Ablehnung sichtbar wurde, desto größer wurden die Anstrengungen der SED-Führer, gegen die Werktätigen in der Zone stärkere politische Druckmittel anzuwenden und sie mit einer Flut von Agitation und Propaganda zu überschütten. Versammlungskampagnen, Haus- und Hofbegehungen, Agitationseinsätze, Kundgebungen, Mitgliederversammlungen und politische Filmveranstaltungen überstürzten einander. Der Inhalt dieser Propaganda aber stand in klaffendem Widerspruch zu den Interessen und Bedürfnissen der Bevölkerung. Sie wurden mit Phrasen über den sozialistischen Aufbau und die Notwendigkeit der Produktionssteigerung gefüttert, während sie die Verbesserung ihres Lebensstandards, die Beseitigung der Korruption und anderes mehr erwarteten. Die Bevölkerung fürchtete den SSD und das Spitzelsystem, die innere Bereitschaft für eine Aktion gegen das System wuchs, aber sie hielt sich instinktiv zurück, als fühle sie, daß die Zeit noch nicht reif sei.

#### Die Auseinandersetzungen in der SED-Führung

Je mehr sich die Lage in der Zone zuspitzte, desto größer wurden die Differenzen zwischen Ulbricht und der Opposition im Politbüro. Die Opposition gegen Ulbricht umfaßte die Mehrheit des Politbüros, sie hatte verschiedene Ursachen. Eine ideologische Opposition bestand in erster Linie bei Ackermann, dem ehemaligen Vertreter des „Unabhängigen Weges zum Sozialismus in Deutschland“. Ackermann wurde zeitweilig von Ölßner unterstützt. Der damalige Chefredakteur des Parteiorgans „Neues Deutschland“, Rudolf Herrstadt, stand der Politik Ulbrichts aus taktischen Erwägungen ablehnend gegenüber. Er billigte zwar den stalinistischen Kurs, kritisierte aber die plumpen und primitiven Methoden von Ulbricht. Der Chef des SSD, Wilhelm Zaisser, war aus machtpolitischen Gründen ein Gegner Ulbrichts; er versuchte, die Alleinherrschaft Ulbrichts zu beseitigen. Zwischen diesen Gruppen schwankten die Mitglieder des Politbüros Elli Schmidt, Hans Jendretzky und Herbert Warnke. Grotewohl, Matern und Rau beteiligten sich selten an aktiven Maßnahmen gegen Ulbricht. Matern stand häufig in Ulbrichts Abwesenheit in Opposition zu Ulbricht.

Die Arbeitsmethoden Ulbrichts wurden zunehmend diktatorischer. Die Meinung der übrigen Mitglieder des Politbüros wurde nur noch zu allgemeinen Entscheidungen gehört; die wirkliche Führung war in den Händen von Ulbricht, der seine Weisungen über Semjonow unmittelbar aus Moskau erhielt. Ulbricht empfing von morgens bis in die Nacht hinein die Vertreter von Partei, Staat, Armee usw., erteilte Anweisungen von prinzipieller Bedeutung, ohne das Politbüro zu hören oder die Entscheidungen der Fachabteilungen des Zentralkomitees zu berücksichtigen. An einem Tage z. B. empfing er nacheinander die Generalität der Kasernierten Volkspolizei, die Leitung der Hauptverwaltung der

Grenzpolizei, das Sekretariat der FDJ, die Leitung des Staatlichen Komitees für Sport und Körperkultur, die Funktionäre der Gesellschaft für Sport und Technik, die Architektengruppe der Stalin-Allee, Ingenieure aus dem Eisenhüttenkombinat Ost, Landwirtschaftswissenschaftler und noch vier weitere Gruppen von Funktionären, denen er Anweisungen auf ihren jeweiligen Fachgebieten erteilte. Die übrigen Mitglieder des Politbüros hatten kaum noch eine Kontrolle über die Politik Walter Ulbrichts; seine Anweisungen standen häufig im direkten Gegensatz zu Dokumenten und Erklärungen, die vorher vom Zentralkomitee der SED herausgegeben worden waren. So hatte z. B. das Politbüro offiziell die Durchführung von kurzfristigen „Stoßkampagnen“ verurteilt, jene Einsätze, bei denen Tausende von Funktionären zur Erfüllung einer Einzelaufgabe in die Bezirke gejagt wurden, um eine Scheinaktivität zu entfalten. Nachdem sie ihren Bericht angefertigt hatten, pflegte jede Tätigkeit wieder zu erlahmen. Ulbricht setzte sich über diesen Beschluß hinweg. Er verfügte weiterhin, die FDJ müsse nach wie vor ihre Hauptanstrengung auf die Werbung für die Volkspolizei legen, obwohl das Politbüro in seiner Abwesenheit beschlossen hatte, die Werbung für die Volkspolizei zu verlangsamen, um den Bestand der FDJ zu erhalten. Er fegte mit einer Handbewegung eine Anweisung Ölßners hinweg, mit der dieser, um das System der Ausbildung der akademischen Jugend zu retten, verhindern wollte, daß Studenten von Akademien und Technischen Hochschulen wahllos zur Volkspolizei geworben wurden. Der Aufbau der Organisation „Dienst für Deutschland“ war nicht im Politbüro besprochen worden. Die Entwürfe der Uniform, die Ausbildungspläne, die Disziplinarordnung und die ersten Einsatzgebiete der Brigaden wurden allein zwischen Ulbricht, Honecker und einigen Vertretern der Kasernierten Volkspolizei festgelegt. Dabei wurden die Bedenken gegen die Einberufung von Mädchen zum „Dienst für Deutschland“ völlig übergangen. Die ersten weiblichen Brigaden sollten im Raum Pasewalk, Eggesin, Torgelow, Stope und Glove auf Rügen eingesetzt werden zum Bau von Befestigungs- und Kasernenanlagen. Da in diesem Raum etwa 80 000 Volkspolizisten lagen, für die es keine Abwechslung gab, war es nicht schwer, die Ereignisse vorauszusehen, die beim Einsatz mehrerer Tausend Mädels in diesen Gebieten eintreten würden. Auch hier wurde das Politbüro nicht informiert und die Entscheidung von Ulbricht allein getroffen.

Wie wenig in den Augen Ulbrichts die übrigen Politbüromitglieder galten, geht aus einer Auseinandersetzung zwischen Walter Ulbricht und dem Politbüromitglied Fred Ölßner in jener Zeit hervor. Die Ursache des Streites war eine rein organisatorische Frage. Ölßner vertrat die Auffassung, daß in den neugeschaffenen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften keine FDJ-Organisationen gebildet werden dürften. Die Bildung solcher Organisationen werde, so meinte er, eine Spaltung der Dorfjugend hervorrufen, da es dann eine FDJ-Organisation im Dorf und eine andere in der LPG desselben Dorfes geben würde. Dies müsse zwangsläufig zu Reibereien unter der Jugend führen. Da Erich Honecker in dieser Auffassung eine Beschränkung der FDJ auf dem Lande sah, protestierte er dagegen bei Ulbricht, der seinerseits ohne mit Ölßner Rücksprache zu nehmen, dessen Anweisung widerrief und aus der bereits vorbereiteten Presseerklärung von Ölßner die entsprechenden Sätze herausstreicheln bzw. verändern ließ.

Solche Auseinandersetzungen waren zahlreich, sie traten am schärfsten schon in den Jahren 1951 und 1952 zwischen Walter Ulbricht und Franz Dahlem auf und führten zuletzt zur Enthebung Franz Dahlems als Leiter der Westabteilung. In der gleichen Zeit lagen auch offene Rebellionen verschiedener Sekretariatsmitglieder gegen die Politik Ulbrichts, deren Wortführer Edith Baumann, Otto Schön und Hans Jendretzky waren. Sie benutzten die Abwesenheit Ulbrichts, um ein Untersuchungsverfahren gegen Erich Honecker einzuleiten, das in Wirklichkeit gegen Ulbricht gerichtet war. Es ging um Korruptionsfälle im Verlag „Neues Leben“. Im Laufe der Untersuchung spielte der Verlag aber nur noch eine untergeordnete Rolle, das Schwergewicht der Überprüfung zielte gegen die selbstherrlichen, diktatorischen Arbeitsmethoden von Honecker. Als Ulbricht aus Moskau zurückkehrte, wurde auf sein Betreiben sofort die Untersuchung gegen Honecker bei der Zentralen Parteikontrollkommission eingestellt, Otto Schön seines Postens als stellvertretender Leiter des Sekretariats enthoben und auf eine untergeordnete Stelle abgeschoben. Diese Unterdrückung jeder selbständigen Regung durch Ulbricht war auch 1952 noch nicht vergessen. Die

Opposition war zwar unterdrückt, aber nicht beseitigt. Wiederum wartete die Opposition einen Zeitpunkt ab, an dem Ulbricht einen längeren Aufenthalt in der Sowjetunion nahm.

Ende Oktober 1952 versuchte sie einen neuen Schlag gegen Walter Ulbricht zu führen. Auf einer Sondersitzung des Politbüros, an der auch Sekretäre des Zentralrates der FDJ und Generale der Kasernierten Volkspolizei, wie Heinz Hoffmann und Rudolf Dölling, teilnahmen, wurde über die unhaltbaren Zustände in den Lagern der Organisation „Dienst für Deutschland“ berichtet. Es ergab sich, daß Ulbricht sein Politbüro nicht einmal von den prinzipiellen Entschlüssen unterrichtet hatte, und die Existenz von Mädel-Lagern völlig unbekannt war. Die Zustände in den Lagern waren katastrophal. Es herrschten moralischer Verfall, Geschlechtskrankheiten, sanitäre Mißstände, Disziplinosigkeit und Versorgungsschwierigkeiten. Das Politbüro kritisierte diese Zustände auf das schärfste und beantragte durch Hans Jendretzky gegen die Verantwortlichen ein Verfahren bei der Zentralen Parteikontrollkommission. Es wurde eindeutig geklärt, daß Ulbricht und Honecker für diese Zustände verantwortlich waren. An der scharfen Kritik beteiligten sich besonders Jendretzky, Matern, Zaisser, Rau und Elli Schmidt. Welche Formen diese Kritik annahm, ergibt sich aus der Stellungnahme Heinrich Rau's, der folgendes ausführte: „Wenn wir in unseren Betrieben Arbeiter als Saboteure bestrafen, weil sie ihren Plan nicht erfüllen, dann muß man genau so mit denen verfahren, die dies im viel größeren Umfang mit mehr als zehntausend Jugendlichen gleichzeitig durchgeführt haben. Ich unterstütze daher das vorgeschlagene Untersuchungsverfahren gegen die Verantwortlichen für diese Mißstände.“ Dann führte Zaisser einen Angriff gegen die Führung der „Gesellschaft für Sport und Technik“ und des „Staatlichen Komitees für Sport und Körperkultur“. Abschließend beschloß das Politbüro, die „Gesellschaft für Sport und Technik“ und die „Staatliche Sportbewegung“ der Verantwortlichkeit Honeckers zu entziehen, der bis dahin gemeinsam mit Ulbricht für diese Organisationen verantwortlich war. Im Beschluß wurde ausdrücklich festgehalten, daß in Zukunft nur das gesamte Politbüro prinzipielle Entscheidungen über diese Organisationen treffen könne. Als Ulbricht aus dem Urlaub zurückkehrte, wurden auf sein Betreiben diese Beschlüsse des Politbüros aufgehoben. Das Verfahren der ZPKK verlief im Sande. Aber die Opposition war nicht zum Schweigen gebracht.

Im Januar 1953 versuchte sie die Stellung Ulbrichts und Honeckers über den FDGB zu erschüttern. Das Präsidium des FDGB erklärte — ohne Ulbricht und Honecker zu fragen — der FDGB werde in Zukunft eigene Betriebsjugendgruppen unabhängig von den Betriebsjugendgruppen der FDJ gründen. Dieser Beschluß mag dem Außenstehenden als nebensächliche, organisatorische Maßnahme erscheinen. Für die Praxis des stalinistischen Systems aber war er von außerordentlicher Bedeutung; durch ihn sollte das Monopol der ausschließlich von Ulbricht gesteuerten FDJ über Millionen Jugendliche im Betrieb gebrochen werden. Neben der FDJ würde es in den Betrieben eine konkurrierende Jugendorganisation geben, die wahrscheinlich in kurzer Zeit stärker und einflußreicher als die FDJ geworden wäre. Die FDGB-Jugend hätte Hunderttausenden junger Arbeiter die Möglichkeit gegeben, sich ohne die strenge stalinistische Kontrolle der FDJ politisch zu organisieren und für ihre sozialen Rechte zu kämpfen. Auf Intervention Ulbrichts bei der Sowjetischen Kontrollkommission wurde der Beschluß durch eine neue Präsidiumssitzung des FDGB widerrufen, auf der die führenden Gewerkschaftler gezwungen wurden sich von ihrer eigenen Entschliebung zu distanzieren. Die neue Entschliebung enthielt das genaue Gegenteil des alten Beschlusses. Zur Hauptaufgabe des FDGB wurde die Unterstützung der FDJ-Gruppen erklärt, bei Verzicht auf jede eigene, selbständige Jugendarbeit. Diese Beispiele sind typisch für die vergeblichen Versuche einer ständigen Opposition gegen Ulbricht, der sich — gleich Stalin — die Alleinherrschaft über seine Partei mit Erfolg zu sichern verstand.

#### Die Säuberung beginnt

Ulbricht war ständig bemüht, sich seiner Gegner zu erwehren und möglichst zu entledigen. Im August 1950 hatte er Paul Merker, Lex Ende, Kreikemeyer, Leo Bauer und andere verhaften lassen. Lex Ende erlag den Mißhandlungen während seiner Haft, Leo Bauer wurde von einem sowjetischen Militärtribunal zum Tode durch Erschießen ver-

urteilt und nach einem halben Jahr Aufenthaltes in der Todeszelle des Moskauer Gefängnisses Butirka zu fünfundzwanzig Jahren Zwangsarbeit begnadigt. Kurt Müller, der stellvertretende Vorsitzende der KPD, wurde im Auftrage von Ulbricht verhaftet, weil Ulbricht den Sowjets gegenüber einen Schuldigen für die Mißerfolge seiner Partei in Westdeutschland brauchte. Nachdem die Opposition im Jahre 1952 stark an Einfluß gewonnen hatte, holte er zum Gegenschlag aus. Ende 1952 wurde das Amt für Informationen aufgelöst, in dem zahlreiche Westemigranten und Gegner Ulbrichts arbeiteten. Der 21. Februar 1953 brachte das Ende der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-regimes (VVN). Am 14. Mai 1953 wurde Franz Dahlem „wegen politischer Blindheit gegenüber der Tätigkeit imperialistischer Agenten und wegen nichtparteimäßigen Verhaltens zu seinen Fehlern“ aus dem Zentralkomitee ausgeschlossen und sämtlicher Funktionen enthoben. Die Opposition war einer ständigen, physischen Bedrohung ausgesetzt, da sie stets mit ihrer Verhaftung zu rechnen hatte. Der Tod Stalins hinderte Ulbricht zunächst daran, die Opposition restlos zu liquidieren. Es gelang ihm aber durch seinen Einfluß bei der sowjetischen Kontrollkommission, die übrigen Politbüro-Mitglieder einzuschüchtern.

Der Tod Stalins schuf vorübergehend eine Periode der Unsicherheit in der SED-Führung, dann jedoch verstärkten sich die Maßnahmen gegen die Opposition auch außerhalb der Partei. Die Kampagne gegen die Junge Gemeinde erreichte ihren Höhepunkt. Das Zentralorgan der FDJ, die „Junge Welt“, führte eine große Kampf- und Propagandaaktion gegen die „Junge Gemeinde“. Viele ihrer Stiftungen wurden geschlossen und enteignet. Am 28. April 1953 wurde die „Junge Gemeinde“ offiziell durch das Innenministerium zur illegalen Organisation erklärt. Auch diesem Beschluß des Innenministeriums ging eine heftige Auseinandersetzung voraus. Der Staatssekretär im Innenministerium, Hans Warnke sträubte sich gegen die Auflösungsanweisung des Politbüros und wurde deshalb später zum Vorsitzenden des Bezirksrates Rostock degradiert. Gemeinsam mit der sowjetischen Kontrollkommission setzten Ulbricht und Honecker dann über den Innenminister Stoph die Durchführung dieses Beschlusses durch. Anton Ackermann wurde seiner Funktion als Staatssekretär des Außenministeriums enthoben.

Neben dem politischen verschärfte sich auch der wirtschaftliche Druck auf die Bevölkerung. Am 14. April 1953 verkündete das ZK der SED eine „Entschliebung über die Prinzipien des sozialistischen Wettbewerbes“ die den Kampf gegen die „Rückständigkeit falscher Normen“ ankündigte. Das bisher als kapitalistische Methode verschriene „Dispatcher-System“ wurde für die Zone übernommen. Die Lebenshaltung der Arbeiterschaft verschlechterte sich weiter.

Anläßlich der Feier zum 135. Geburtstag von Karl Marx definierte Ulbricht das System und die Machtverhältnisse in der Zone: „Die Deutsche Demokratische Republik ist in der gegenwärtigen Entwicklungsetappe eine Macht der Arbeiter und Bauern, in der die führende Rolle der Arbeiterklasse gehört. Der Staat der Deutschen Demokratischen Republik führt erfolgreich die Funktionen der Diktatur des Proletariats aus, das heißt, er löst die Grundaufgaben der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, den Aufbau der wirtschaftlichen und kulturellen Grundlagen des Sozialismus sowie die Unterdrückung der volksfeindlichen Kräfte und organisiert den Schutz der Heimat“.

Zwei Wochen später, auf der 13. Tagung des Zentralkomitees, auf der neben Dahlem noch andere Funktionäre ausgeschlossen wurden, wurde der Kampf gegen die oppositionellen Gruppen in der SED fortgesetzt. Der Professor an der Ostberliner Hochschule für Planökonomie, Bruno Warnke, wurde bezichtigt, die Rolle Stalins als Wissenschaftler negiert zu haben. Der Ausschluß von Warnke war eine direkte Kampf-ansage an alle Kommunisten, die nach Stalins Tod glaubten, seine geschichtliche Rolle endlich historisch objektiv darstellen zu können. So feierte der Ulbrichtsche Stalinismus in den ersten Monaten nach Stalins Tod wahre Orgien. Die Hoffnung aller, die mit dem Tode Stalins damals schon eine Änderung des Systems erhofft hatten, brach zusammen.

In dieser Periode verkündete die sowjetische Kontrollkommission den Beschluß ihrer Auflösung. Der bisherige Führungsstab der UdSSR in der Zone wurde durch einen hohen Kommissar abgelöst. An der Einflußnahme sowjetischer Stellen auf die Gesamt-Politik der Zone änderte sich zwar im Prinzip nichts, jedoch bedeutete diese Umwandlung für

das ZK der SED eine vermehrte Selbständigkeit in Einzelfragen. Am 28. Mai 1953 beschloß der Ministerrat im Auftrag des Politbüros, die Arbeitsnormen der Sowjetzone durchschnittlich um 10 Prozent zu erhöhen. Dieser Beschluß glich in der damaligen Situation der Entzündung einer Lunte am Pulverfaß.

#### Die Sowjets waren ohne Illusionen

Im Gegensatz zum Zentralkomitee der SED war die sowjetische Kontrollkommission über die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung, die zum 17. Juni führen sollte, sehr genau unterrichtet. Schon im Herbst 1952 hatte sie der SED und den Massenorganisationen vorgeschlagen, die Untersuchungsmethoden über die Stimmung der Bevölkerung und die Arbeit der Organisationen nach sowjetischem Vorbild auf eine wissenschaftliche Basis zu stellen. Die Untersuchungen wurden im Rahmen einer systematischen Planung vorgenommen, oberflächliche Methoden wurden durch systematisches, monatelanges Studium großer Untersuchungsteams abgelöst. Anfang 1953 wurden mehrere umfangreiche Untersuchungsaktionen der SED gemeinsam mit politischen Funktionären der sowjetischen Kontrollkommission durchgeführt. Die Ergebnisse zeigten eindeutig die katastrophale Stimmung der Massen und die vollkommene Bürokratisierung von Partei- und Staatsapparat. Das Resumé der Berichte war: Desinteresse an der Tätigkeit der SED, offene Feindschaft der Arbeiterschaft gegenüber den Maßnahmen von Partei, Regierung und Organisationen, Hoffnungslosigkeit und Apathie bei den Funktionären der Betriebsorganisationen und Kreisleitungen.

Es kennzeichnet den diktatorischen Charakter des Systems Ulbricht, daß die verantwortlichen Führungsgremien der SED diese Berichte nicht objektiv bewerteten. Sie wurden als Diskreditierung der SED, Ausdruck des Defaitismus, des Zurückweichens vor feindlichen Stimmungen oder als grundloser Pessimismus bezeichnet.

Ein typisches Beispiel für die Blindheit der SED-Führung war die große Organisationsberatung der SED vom 24.–28. April in Berlin. An dieser Konferenz nahmen alle 1. und 2. Kreissekretäre und die führenden Funktionäre der Verwaltung und Massenorganisationen teil. Die Tagung fand zu einem Zeitpunkt statt, an dem die Arbeiterschaft der Zone sich bereits in wachsendem Aufruhr befand. Es war an der Tagesordnung, daß Parteiversammlungen und Belegschaftskonferenzen stürmisch verliefen und die Arbeiter offen die Politik der SED angriffen. In den Großbetrieben von Halle, Merseburg und anderen Städten war es bereits zu kurzen Arbeitsniederlegungen gekommen. Auf dieser Konferenz wurde von über 100 Diskussionsrednern über ideologische und organisatorische Fragen gesprochen, nicht einer von ihnen aber wagte es, in Anwesenheit von Ulbricht die wirkliche Lage zu schildern, obwohl sie während der Konferenzpausen in den Wandelgängen das Hauptthema der Delegierten war.

Allein die sowjetische Kontrollkommission bewertete die Untersuchungsergebnisse mit der nötigen Objektivität. Sie kam zu dem Resultat, daß sich die Stimmung der Bevölkerung unaufhaltsam verschlechterte, die Unzufriedenheit ständig wachse und eine Änderung der SED-Politik erforderlich sei.

Es ist interessant, festzustellen, daß die sowjetische Kontrollkommission vor dem 17. Juni lange Zeit hindurch trotz ihrer illusionslosen Kenntnis der Situation von ihrem Weisungsrecht an die SED keinen Gebrauch machte, offensichtlich aus zwei Gründen:

Erstens ließ sich auf diese Weise feststellen, ob die SED in der Lage sein würde, allein und ohne direkte sowjetische Hilfe die Schwierigkeiten zu beseitigen, zum anderen konnte in einer schwierigen oder gar bedrohlichen Situation der SED-Führung ihre völlige Abhängigkeit von Moskau demonstriert werden. In den letzten Wochen vor dem 17. Juni geschah von seiten der Sowjets zunächst nichts, die herannahende Katastrophe abzuwenden.

Im April 1953 begab sich Semjonow, der Leiter der sowjetischen Kontrollkommission, nach Moskau. Das Resultat seiner Berichte war der Entschluß, für die Sowjetische Besatzungszone den „Neuen Kurs“ zu entwickeln, dessen Aufgabe sein sollte, die Unzufriedenheit der Bevölkerung abzufangen.

Die Verkündigung des „Neuen Kurses“ am 9. Juni 1953 kam für fast alle Spitzenfunktionäre des Partei- und Staatsapparates völlig überraschend. Er erfolgte in einer Situation, in der die Unzufriedenheit der Bevölkerung außerordentlich war. Seine Aufgabe war, diese Un-

zufriedenheit zu mindern und zu beseitigen; er bewirkte das Gegenteil. Die unzufriedene Bevölkerung empfand den „Neuen Kurs“ als Eingeständnis der Fehler des Regimes. Die Verbesserungen wurden als unzureichend empfunden, die Offenbarung der Schwäche ermunterte die Bevölkerung. Die unteren Funktionäre der SED fühlten sich von ihrer Führung verraten. Bisher hatten sie unter dem Druck von oben alle unpopulären Maßnahmen durchführen müssen, die nun plötzlich von der Führung als falsch erklärt wurden. Die Führung schob ihnen die Verantwortung zu und lähmte damit ihre an sich schon schwache Initiative völlig. Die Funktionäre fürchteten sich, der Arbeiterschaft den „Neuen Kurs“ zu erklären und verkrochen sich noch mehr als vorher in ihre Büros. Es war eine ähnliche Situation, wie sie jetzt im Prozeß der Entstalinisierung bei den Funktionären der SED wiederum sichtbar wird. So aktivierte der „Neue Kurs“ die Massen, lähmte den Apparat und isolierte die Führung völlig. Er schuf damit eine entscheidende Voraussetzung für den Aufstand. Gleichzeitig bedeutete der „Neue Kurs“ eine Ermunterung für die Opposition im Politbüro gegen Ulbricht, da Ulbricht als Exponent der bisherigen Politik durch den „Neuen Kurs“ am stärksten kritisiert wurde.

#### Der 17. Juni

Am Vormittag des 17. Juni glich das „Haus der Einheit“, Sitz des Zentralkomitees der SED, einer belagerten Festung. Postenketten von Rotarmisten waren aufgezogen, in Abständen von 50 m standen Panzerspähwagen. Die Flanken des Hauses waren mit schweren sowjetischen Panzern vom Typ T 34 abgesichert. Vor dem Eingang lagen die Scherben der Glastür, die von den Steinwürfen der Demonstranten zertrümmert war. Die große Vorhalle des Hauses, deren Rückseite mit den Gipsbüsten von Marx, Engels, Lenin und Stalin geschmückt ist, machte den Eindruck, als habe eine Saalschlacht stattgefunden. Überall lagen Glassplitter, verschmutzte Transparente und Fahnen. Quer durch die Hallen zogen sich dicke Feuerwehrschräume, der Boden war mit Wasser übergossen. Die anrückenden Demonstranten hatten mit Wasserstrahlen in Schach gehalten werden sollen. Auch hier war eine Schützenkette von Rotarmisten postiert. Erst hinter ihnen wurden die ersten Mitarbeiter des Zentralkomitees sichtbar, Instruktoren und Sachbearbeiter, die mit Karabinern, Pistolen oder Knüppeln bewaffnet waren, zwischen ihnen auch einige Volkspolizeioffiziere. Alle unterstanden dem sowjetischen Kommando, das den Schutz des Hauses übernommen hatte. Seine Besatzung schien einen neuen Angriff der Demonstranten zu erwarten.

Einen Tag zuvor hatten die Bauarbeiter vor dem Haus der Ministerien Ulbricht und Grotewohl zu sprechen verlangt. Sie ahnten nicht, daß das Politbüro der SED seit dem 16. Juni in Permanenz tagte. Während sie das Erscheinen Ulbrichts forderten, war zur gleichen Zeit im Politbüro der SED eine erbitterte Auseinandersetzung um Ulbrichts Politik und Arbeitsmethoden im Gange, die am 17. Juni ihren Höhepunkt erreichte.

Am Vormittag des 16. Juni war das Politbüro zu seiner üblichen Sitzung zusammengetreten, die an jedem Dienstag stattfand. Auf der Tagesordnung standen einige Punkte, einer von ihnen war die Frage der Arbeitsnormen und die Stimmung der Bauarbeiter der Stalin-Allee, die schon in den letzten Tagen öffentliche Kritik an der SED- und Gewerkschaftspolitik geübt hatten. Während die routinemäßigen Tagesordnungspunkte abgehandelt wurden, trafen die ersten Nachrichten von der großen Demonstration der Bauarbeiter ein, die sich zum Haus der FDGB und dann zum Haus der Ministerien bewegte. Sie bewirkte zunächst, daß die Diskussion des Politbüros unterbrochen wurde. Ein provisorischer Informations- und Kurierdienst wurde eingerichtet. Zum Haus der Ministerien wurde eine permanente telefonische Verbindung hergestellt. Durch sie erfuhr das Politbüro, daß die Demonstranten das Erscheinen von Ulbricht und Grotewohl verlangten. Selbmann persönlich forderte Ulbricht auf, zu den Demonstranten zu sprechen, um sie zu beruhigen. Er schilderte die bedenkliche Situation und seinen vergeblichen Versuch, Ruhe zu schaffen. Die einzige Möglichkeit, die Arbeiter zu beruhigen, sei das Erscheinen von Ulbricht persönlich. Ulbricht lehnte diese Aufforderung ab mit der Begründung, die Politbüro-Sitzung sei wichtiger. Seine Hoffnung war, die Demonstranten würden sich, wenn niemand sich um sie kümmere, verlaufen und nach Hause gehen. So ist auch seine Anweisung an die Volkspolizei zu verstehen, Zusammenstöße zu vermeiden, die Demonstranten

frei gewähren zu lassen und auf keinen Fall von der Waffe Gebrauch zu machen.

Diese Hoffnungen Ulbrichts erfüllten sich nicht. Zwar löste sich die Kundgebung vor dem Hause der Ministerien auf, die Teilnehmer formierten sich jedoch zu großen Demonstrationen durch den Ostsektor. Immer größere Teile der Bevölkerung schlossen sich ihnen an. Die Losungen gegen das Regime erhielt schärfere Nuancen. Immer häufiger waren Rufe und Sprechchöre zu hören: „Der Spitzbart muß weg; wir fordern freie Wahlen.“ Die Forderung nach dem Generalstreik wurde erhoben. Unter dem Druck dieser Entwicklung beschloß das Politbüro am Mittag des 16. Juni, die Normenerhöhung mit sofortiger Wirkung rückgängig zu machen. In seiner Isolierung von den Demonstranten wußte das Politbüro nicht, daß die Frage der Normen allein längst nicht mehr der Kern der Forderungen bildete. Die Bewegung war weiterschritten. Schon erhoben die Arbeiter politische Forderungen. Sie verlangten den Sturz der Regierung und freie Wahlen. Mit der Normensenkung glaubte das Politbüro genug getan zu haben. In Verkennung der Entwicklung berief Ulbricht außerdem für den Abend des 16. Juni eine Konferenz der Berliner SED-Funktionäre im Friedrichstadtpalast ein, um zu den Ereignissen des Tages Stellung zu nehmen.

Damit beging er einen weiteren folgenschweren Fehler: Er zog seine Funktionäre aus den Betrieben heraus, in denen sie als Repräsentanten der SED-Politik gegen den beabsichtigten Generalstreik des 17. Juni hätten agitieren können. Er überließ damit die rebellierenden Belegschaften sich selbst und ermöglichte ihnen die ungestörte Vorbereitung der Demonstrationen des 17. Juni. Indem er alle führenden Funktionäre der SED, der Massenorganisationen und des Staatsapparates versammelte, machte er die politischen Organe führerlos. Es wurden keine Anweisungen an ihre Organisationen und Verbände für den 17. Juni ausgegeben. Als die Kundgebung gegen 22 Uhr zu Ende ging, war in den Betrieben niemand mehr greifbar, der Anweisungen hätte entgegennehmen können. Auch Ulbrichts Referat offenbarte die vollkommene Fehleinschätzung der Situation. Er beschränkte sich darauf, den allen Anwesenden bekannten, am 9. Juni proklamierten „Neuen Kurs“ noch einmal zu erläutern. Kein Wort fiel zu den Ereignissen des Tages. Die Demonstration der Bauarbeiter wurde ignoriert, als habe sie gar nicht stattgefunden. Unter den Funktionären entstand deshalb der Eindruck, es habe sich nichts Wesentliches ereignet. Sie nahmen aus dieser Kundgebung keine Instruktionen für ihr Verhalten am 17. Juni mit und trafen deshalb auch keine Vorkehrungen. Sie waren der Meinung: Wenn das Politbüro keine Anweisungen erteilt, wird die Sache mit den Bauarbeitern schon beigelegt sein. Ähnlich lauteten auch die Instruktionen der SED-Zentrale an die Bezirksleitungen der Zone. Auf die Anfragen der Bezirksfunktionäre, die sich durch den Rias über die Ereignisse des Tages informierten, wurde stereotyp geantwortet: Die Aktionen seien beigelegt, die Riasmeldungen übertrieben, man solle sich nicht provozieren lassen und Ruhe bewahren. Die SED-Führung hatte die Hoffnung, die Unruhen am nächsten Tag auf Berlin beschränken zu können.

Die Berliner Landesleitung der SED war in der Nacht zum 17. Juni in Alarmbereitschaft. Ihre Bemühungen gingen dahin, am nächsten Tag in allen Großbetrieben Funktionär- und Belegschaftsversammlungen durchzuführen, auf denen das Verhalten der Bauarbeiter verurteilt und die Normenfrage erneut besprochen werden sollte. Kennzeichnend für die Isolierung und Kopflosigkeit waren die vergeblichen Bemühungen des Landessekretariats Berlin und besonders des Vorsitzenden Jendretzky, Verbindungen zu den Großbetrieben zu erhalten. Die Führung der SED war nicht nur von der Arbeiterschaft, sondern auch von ihren unteren Funktionären vollkommen isoliert. Ein Teil von ihnen war nicht zu erreichen, ein anderer ließ sich verleugnen, andere wieder gebrauchten Ausreden, um sich vor den Aufträgen zu drücken. Das Sekretariat war nicht einmal über die Lage in den Berliner Bezirken und Großbetrieben richtig informiert, sein Kurierdienst war außerstande, ein objektives Bild der Lage zu vermitteln.

In der gleichen Nacht fragte das Politbüro weiter. Die seit langem schwelende Unzufriedenheit der Opposition gegen Ulbricht brach endlich aus und entlud sich in einer scharfen Kritik an seiner Politik und seinen Arbeitsmethoden.

Am Morgen des 17. Juni waren Herrstadt und Zaisser die Wortführer der Opposition. Während die Demonstranten den Rücktritt der Regierung forderten, entwickelte sich im Politbüro eine heftige Aus-

einandersetzung zwischen Ulbricht und seinen Gegnern. Herrstadt, Zaisser, Ackermann und andere führten die Ursachen des 17. Juni auf die selbstherrliche Politik Ulbrichts zurück. Sie habe die völlige Bürokratisierung der Partei bewirkt. Die Parteikader seien eingeschüchtert und hätten nicht einmal den Mut, Berichte über die wahre Lage zu geben. Die Partei laste auf den Massen und sei von ihnen völlig isoliert. Die Parteifunktionäre seien zu „Beamten“ und „Angestellten“ geworden, die nur mit Direktiven und Befehlen arbeiteten und denen die Interessen der Bevölkerung fremd seien. Es gebe keine echte ideologische Auseinandersetzung in den Leitungen der Partei und der Massenorganisationen. Die Leitungen setzten sich aus Statisten zusammen. Vom Politbüro bis zu den Grundeinheiten herrsche das Prinzip der Einmann-Leitung. Dieses bürokratische System habe zur völlig falschen Einschätzung, z. B. in der Normenfrage, geführt. Den Stimmungen der Masse müsse nachgegeben werden, in der Spitze des Politbüros müßten personelle Veränderungen vorgenommen werden. Die Kritik schloß die Forderung der völligen Reorganisation der Partei ein.

Ulbricht begriff, daß die Mehrheit des Politbüros gegen ihn war. Gleichzeitig sah er die große Chance, die Opposition endgültig festzulegen, um sie später unschädlich zu machen. Es war jetzt nur notwendig, Zeit zu gewinnen, um bei Semjonow Rückendeckung zu erlangen. Deshalb machte Ulbricht einen taktisch geschickten Schachzug. Er stellte den Antrag, eine Kommission, bestehend aus den Wortführern der Opposition, zu bilden. Herrstadt und Zaisser sollten ihre Auffassungen in dem Entwurf einer „Entschließung des Politbüros über die Ursachen des 17. Juni“ niederlegen. Dies geschah. Die Entschließung umfaßte mehrere Seiten. Sie enthielt mit der Zusammenfassung der Kritik u. a. den lapidaren Satz: „Die Partei hat von Grund auf versagt.“ Sie mündete in die Forderung, der aufgeblähte Parteiapparat müsse verkleinert werden, neue Leitungen seien zu wählen, den Arbeitern seien mehr Rechte einzuräumen, die Partei müsse in Belegschaftsversammlungen offen vor die Arbeiter hintreten, die Schuld für die Ereignisse auf sich nehmen und die getroffenen Maßnahmen erklären.

Während dieser Auseinandersetzungen hatten sich die Ereignisse bereits weiter zugespitzt. Der Aufstand hatte in Berlin wie in der Zone seinen Höhepunkt erreicht. Aus Halle, Leipzig, Merseburg, Leuna, Bitterfeld, Görlitz, Bautzen und zahlreichen anderen Orten überstürzten sich die Meldungen. Gefängnisse wurden gestürmt, die Stadtverwaltungen von den Streikenden übernommen und Räte gebildet, die den Forderungen der Massen Ausdruck gaben. Der Aufstand hatte den Charakter einer revolutionären Erhebung angenommen mit dem Ziel, die Regierung zu stürzen.

Die dramatische Zuspitzung der Situation wurde durch folgende Maßnahmen gekennzeichnet: Am frühen Nachmittag des 17. Juni verließen die Familien der Politbüro-Mitglieder und anderer prominenter SED-Funktionäre auf sowjetischen Lastwagen Berlin. Gleichzeitig verließen Politbüro und andere Mitglieder des Zentralkomitees das „Haus der Einheit“ in einem Konvoi sowjetischer Panzer und wurden nach Berlin-Karlshorst, das inzwischen mit Panzern, Artillerie und Flak gesicherte Sperrgebiet der Sowjets, abtransportiert.

Das Zentralkomitee stellte eine Liste führender Parteifunktionäre auf, die bei weiterer Zuspitzung der Lage und eventuellem militärischen Eingreifen der Westmächte wieder in die Sowjetunion emigrieren sollten. Es wurde eine provisorische Leitung der SED bestimmt, für den Fall, daß es nicht gelingen sollte, den Aufstand niederzuschlagen.

Semjonow bestand darauf, daß angesichts der bedrohlichen Lage keine personellen Veränderungen im Politbüro vorgenommen wurden. Seine Intervention und der Aufstand selbst retteten Ulbricht vor der Absetzung durch die Opposition des Politbüros. Auch von Ulbricht selbst wurde die Verschärfung der Lage mit Geschick ausgenützt, seine am Vormittag noch hoffnungslos scheinende Position zu festigen.

Er argumentierte, eine personelle Veränderung der Parteiführung und die Veröffentlichung einer Entschließung dieses Inhalts müsse von den Massen als ein Beweis der Schwäche aufgefaßt werden. Die Partei werde demoralisiert und zu weiterem Zurückweichen veranlaßt. Das aber werde das Ende der gesamten SED bedeuten. Matern, Ölßner, Grotewohl und Honecker schlossen sich dieser Meinung an. Herrstadt und Zaisser blieben bei der Auffassung, nur eine öffentliche Kritik an den Fehlern der Partei könne das Vertrauen zur SED wiederherstellen. Die übrigen Mitglieder der Opposition aber wurden unter dem Eindruck der Ereignisse und der Argumentation von Ulbricht schwan-

kend. Sie gaben zwar ihre oppositionelle Plattform nicht völlig auf, ließen sich aber dazu überreden, alle Meinungsverschiedenheiten zurückzustellen, bis wieder Ruhe und Ordnung in der Zone geschaffen und ein Plenum des Zentralkomitees einberufen sei. Damit war die Opposition gespalten, Herrstadt und Zaisser standen allein, Ulbricht gewann die Mehrheit zurück. Er nutzte die Situation sofort aus, indem er eine neue Entschließungskommission, diesmal aus Grotewohl, Matern, Honecker und Ölßner zusammentreten ließ, der er auch selbst angehörte. Es wurde eine neue Entschließung formuliert, in der statt der SED plötzlich westliche Agentenzentralen die Schuld für die Erhebung des 17. Juni trugen. In ihr heißt es u. a. wörtlich: „In diesem Augenblick entschlossen sich die westlichen Agenten zum Tage X . . . wurden von Kaiser und Reuter systematisch Kriegsverbrecher, Militaristen und kriminelle Elemente in Terrororganisationen vorbereitet und ausgerüstet“. Die Festigung der „DDR befürchtend, benutzten diese Agenten und Provokateure“, so heißt es in der Entschließung des ZK, „die Mißstimmung eines Teils der Bevölkerung, die durch Folgen unserer Politik im letzten Jahr entstanden war!“

Diese Entschließung wurde unter dem Druck der Ereignisse und auf Empfehlung der Sowjetischen Kontrollkommission zur Vorlage für die Vollversammlung des Zentralkomitees angenommen. Damit war der Sieg Ulbrichts über die Opposition entschieden. Am 21. Juni konnte er vor der Tagung des Zentralkomitees den neuen Text als Entschließung des Politbüros proklamieren und die Plattform von Zaisser und Herrstadt als Versuch der Parteispaltung bezeichnen. Einige Mitglieder des Zentralkomitees übten zwar Kritik an Politik und Arbeitsmethoden des Politbüros, Herrstadt und Zaisser vermochten sich aber nicht mehr durchzusetzen.

Damit war es Ulbricht gelungen, die Mehrheit des Zentralkomitees hinter sich zu bringen und die Vertreter der Opposition zu isolieren. Noch wagte er es nicht, sie ganz zu beseitigen.

Der Sturz Berias bedeutete für Zaisser den Verlust seiner Rückenbedeckung in Moskau. Als die offizielle Entschließung des Präsidiums der KPdSU zum Falle Beria veröffentlicht wurde, lag dem Politbüro der SED eine interne Information der KPdSU zum Fall Beria vor. Sie enthielt andere, inoffizielle Gründe für die Verhaftung Berias, die im Widerspruch zu den offiziellen Erklärungen standen. Es wurde darin u. a. gesagt, Beria habe die DDR zu Gunsten eines wiedervereinigten Deutschland, ohne Rücksicht auf dessen zukünftige politische Gestaltung, aufgeben wollen. Da Zaisser als der Vertrauensmann Berias in der SBZ galt, traf diese Erklärung indirekt auch ihn. Erst jetzt war es Ulbricht möglich, die Opposition vollends zu liquidieren. Auf der 15. Tagung des Zentralkomitees vom 24.–26. Juli 1953 wurden Zaisser und Herrstadt als „partei-feindliche Fraktion mit einer defaitistischen, gegen die Einheit der Partei gerichteten Linie“ aus dem ZK der SED ausgeschlossen. Zur gleichen Zeit wurde der Justizminister Fechner verhaftet, weil er sich bei der Freilassung verhafteter Streikender auf die Verfassung der DDR berufen hatte, die das Streikrecht ausdrücklich garantiert. Die von Ulbricht lange geplante Säuberung nahm ihren Anfang. Unter der Losung „Kampf den Kapitulant“ wurden viele oppositionelle Elemente aus Staatsapparat, Massenorganisationen und der SED selbst entfernt. Nachdem die Basis der Opposition in allen Organisationen der SBZ zerstört war, ging Ulbricht im Januar 1954 an die endgültige Beseitigung der Opposition in der Spitze der SED. Zaisser und Herrstadt wurden aus der SED ausgeschlossen, Ackermann aus dem ZK entfernt, Jendretzky und Elli Schmidt kaltgestellt, Franz Dahlem erhielt das Verbot, Funktionen zu bekleiden. Ulbrichts Position schien unangreifbar.

#### Die Forderung des 17. Juni ist die Forderung von heute

Tausende von Aufständischen sind nach dem 17. Juni in die Gefängnisse gewandert, die Streiks wurden niedergeschlagen, alle Opfer schienen vergeblich. Nicht selten besteht die Auffassung, die Opfer des 17. Juni seien umsonst gewesen oder sie stünden in keinem Verhältnis zu den Erfolgen.

Die Entwicklung der letzten Jahre beweist das Gegenteil. Die Entstalinisierung in der UdSSR und den anderen Ländern des Ostblocks hat ihre Ursache in den Erschütterungen, die nicht zuletzt auch vom 17. Juni ausgegangen sind. Die großen Streiks in den sowjetischen Zwangsarbeitslagern sind Ausdruck der gleichen Welle einer sozialen und politischen Unzufriedenheit, die sich gegen die Fundamente des totalitären Systems richtet. Schon bald nach dem 17. Juni und den Aktionen in den Zwangsarbeitslagern begann ein Prozeß der Entstalinisierung, der mit dem 20. Parteitag einen sichtbaren Ausdruck fand. Damit ist bewiesen, daß auch totalitäre Systeme durch Massenaktionen Veränderungen erfahren und daß Wandlungsprozesse eingeleitet werden können. Das Streben des einfachen Menschen nach Wohlstand, Frieden und Freiheit kann auf die Dauer auch von einer Diktatur nicht mißachtet werden. Dieser Prozeß ist in vollem Gange. Die Lockerungen durch den „Neuen Kurs“ vor dem 17. Juni haben die Massen zu revolutionären Handlungen aktiviert. Die Funktionäre wurden aber geschwächt und gelähmt. Ein ähnlicher Prozeß ist gegenwärtig sichtbar. Die ideologische Basis des Regimes ist durch die Entstalinisierung erschüttert worden. Es ist kein Zufall, daß die Veränderungen in der SBZ besonders langsam vor sich gehen, weil die Ulbrichts fürchten, ihnen werde jetzt das Schicksal bereitet, das ihnen am 17. Juni zgedacht war.

Während in den übrigen Ostblockstaaten, besonders in Polen, prominente Stalinisten abgesetzt wurden und echte Rehabilitierungen unschuldig Verfolgter stattfinden, behauptet die Ulbricht-Clique, die Generallinie der SED sei im wesentlichen richtig gewesen; da keine Schauprozesse stattgefunden hätten, brauchten keine Rehabilitierungen zu erfolgen. Sie vergißt, daß vor allem durch Ulbrichts diktatorische Alleinherrschaft die Bevölkerung der Ostzone in den Aufstand des 17. Juni getrieben wurde. Die Toten des 17. Juni sind letztlich die Opfer Ulbrichts und seiner Politik. Wenn heute außer der Bevölkerung sogar die jungen Funktionäre der SED, Studenten der Ostberliner Universität und der Parteischulen öffentlich die Absetzung Ulbrichts und die Wahl einer neuen Parteiführung fordern, so wiederholt sich hier die Forderung, die schon bei den Aufständischen des 17. Juni in dem klassischen Satz „Der Spitzbart muß weg!“ ihren Ausdruck fand.

Am 17. Juni 1953 wurde die Parteiführung der SED vor der Erhebung des Volkes nur durch sowjetische Panzer gerettet. Die Forderungen der Aufständischen von damals sind die Forderungen von heute. Wiederum geht es um die Person Ulbrichts als des Repräsentanten des Stalinistischen Terrorsystems. Die Wiedervereinigung Deutschlands ist nur ohne ihn möglich. Der 17. Juni hat einen historischen Prozeß eingeleitet, an dessen Ende der Rücktritt Ulbrichts stehen wird.

#### Anmerkung

Professor Eugen Varga, geboren 1879 in Ungarn, trat 1906 der ungarischen Sozialdemokratie bei und war zunächst Redakteur des Wirtschaftsteils des ungarischen SP-Zentralorgans. 1918 wurde er Professor für politische Ökonomie in Budapest, 1919 als linker Sozialdemokrat Volkskommissar für Finanzen und anschließend Vorsitzender des Volkswirtschaftsrates der ungarischen Räterepublik. Nach deren Niederschlagung Flucht nach Österreich. Dort schrieb Varga ein von Lenin heftig kritisiertes Werk „Die ökonomischen Probleme der proletarischen Diktatur“. 1920 Übersiedlung nach Moskau. Als hervorragender Wirtschaftsexperte der Komintern legte er auf dem III. Weltkongreß der Komintern zusammen mit Trotzki „Thesen über die Weltwirtschaftslage und die neuen Aufgaben der Komintern“ vor. Außerdem gab er den Bericht der Wirtschaftskommission des Kongresses. Später Professor in Moskau am „Institut für Weltwirtschaft und Weltpolitik“ bei der Akademie der Wissenschaften, dann Professor am Institut für Ökonomie in Moskau.

Unter dem Pseudonym Dr. Eugen Pawlowski publizierte er „Der Bankrott Deutschlands“, Hamburg, 1921 und andere Untersuchungen über die „relative Stabilisierung des Kapitalismus“. Im September 1943 trat er „für schwere deutsche Reparationen in Form von Sachlieferungen an alle Alliierten“ ein. Sein 1946 in Moskau erschienenes Buch „Veränderungen in der kapitalistischen Wirtschaft im Gefolge des 2. Weltkrieges“ wurde in drei Sitzungen der sowjetischen Akademie im Mai 1947 heftig kritisiert.

Varga galt stets als der führende Wirtschaftsexperte des Weltkommunismus, der sich aber fraktionsmäßig nie engagierte und alle Säuberungen der letzten Jahrzehnte überstand. Gegenwärtig polemisiert er gegen den Volkskapitalismus und andere Sozialprobleme der westlichen Industriegesellschaft.